

UMWELTBLAETTER

Info-Blatt des Friedens- und Umweltkreises

Zionskirchgemeinde

Umwelt-Bibliothek - Griebenowstr. 16, Berlin 1058, DDR

April 88

Namentlich gekennzeichnete Beiträge erscheinen in Eigenverantwortung der Autoren/innen. Sie geben nicht unbedingt die Ansichten der Redaktion wieder. Zum Abdruck von Dementis und Richtigstellungen fühlt sich die Redaktion verpflichtet.

- Die Schlaraffenbewegung s. 3-8
- Dresden im Kampf um eingabefreies Wasser s. 9
- täglich radioaktiv s. 16-19
- Umweltkonflikt Rumänien - Bulgarien s. 20
- Armenien - Versuch einer Dokumentation s. 20-24

Bischof Forck drei weitere Jahre im Amt

Der Gottesdienst, der am 7. März die Berliner Bittandachten abschließen sollte, verlief nach Meinung vieler recht enttäuschend. Einziges aber umso begeisterter aufgenommenes Ereignis: Der neue Probst des Konsistoriums, Dr. Furian, verkündete, daß der Berlin-Brandenburger Bischof Forck im Herbst nicht in Pension geht, sondern drei weitere Jahre im Amt bleibt.

Keine Kommunikations-Bibliothek in Karl-Marx-Stadt

Nach langen Schwierigkeiten mußte das Projekt Kommunikations-Bibliothek in Karl-Marx-Stadt vorerst begraben werden. Nachdem die Trägergruppe sich schon auf eine Änderung des Namens und des Konzeptes eingelassen hatte, beschloß jetzt ein uneinsichtiger Gemeindevorstand, der Gruppe den Raum zu entziehen.

Neue Offensive gegen Wehrdienstverweigerer?

Republikweit deutet sich in diesen Tagen an, daß die Behörden ein neues Feld für neue Konflikte gefunden haben. Überall werden in diesen Tagen junge Leute gemustert, die den Behörden als Wehrdienstverweigerer bereits bekannt sind. "Rechnen Sie damit, daß man Sie zieht!", wird gesagt. Einer erfuhr sogar: "Sie werden noch vor dem 1. Mai gezogen."

Falls es tatsächlich zur Eiberufung der Wehrdienstverweigerer kommen sollte, würden gleich zwei konfliktvermeidende Bräuche gebrochen, die in der Vergangenheit von den Behörden geschaffen wurden: Junge Leute mit Ausreiseantrag, die den Wehrdienst wegen Verlängerung ihrer Wartezeit verweigerten, wurden schon seit 1984 nicht mehr eingezogen. Nach einer Kraftprobe im Herbst 1985 wurden im Rahmen eines Stillhalteabkommens zwischen Kirche und Staat auch die Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen nicht mehr eingezogen. So kam es zu der erstaunlichen Tatsache, daß den Basisgruppen kein einziger Fall eines inhaftierten Wehrdienstverweigerers bekannt war.

Eine erneute Offensive in Richtung auf Inhaftierung von Wehrdienstverweigerern statt der anstehenden Einrichtung eines Sozialen Frie-

denstleistungen werden die Basisgruppen und, wie wir hoffen, auch die Kirchen, nicht widerspruchslos hinnehmen.

Behörden erneut gegen instandbesetzte Lychener 61.

Bereits in der Vergangenheit haben wir über Auseinandersetzungen um die Berliner Lychener Straße 61 SF berichtet, ein von der KWW verwaorlostes Haus, das von Wohnungssuchenden instandbesetzt wurde. Im Februar kam es zu einer neuen Offensive der Behörden. In einem Info-Blatt heißt es dazu:

"Am Morgen des 19. Februar erschienen in der teilweise besetzten Lychener 61 die Unordnungsverhüter (VP, KWW, Rat d. Stadtbezirks, MdI) mit einem e.L.O. "Wir haben hier schon öfter mal Leute ange-troffen." Vier Wohnungen wurden aufgebrochen - in dreien schlief man/frau noch - und durchsucht. In einer Wohnung wurde eine Spielzeugpistole beschlagnahmt. Dem Bewohner bot man an, nachdem ihm das Recht in OB zu wohnen abgesprochen wurde, die Einrichtungsgegenstände aus dem Fenster zu werfen. Außerdem hätte er keine Arbeit. Das MdI würde sich um ihn kümmern. In der nächsten Wohnung beschlagnahmten die Beamten eine Erklärung zum Zivilen Ersatzdienst und benahmen sich weiter kräftig dabei: "Wir haben ja nichts gegen Christen", spotteten die VoPo's." Aus der vierten Wohnung nahmen sie eine Schülerin mit aufs Revier. Es wurde ihr nahegelegt, "diesen" Umgang zu meiden; mensch könne sich da Flöhe und Läuse holen. Den anderen Mietern teilte man nach der Versiegelung von zwei Wohnungen mit, daß der Seitenflügel der Lychener 61 bis zum 4. März leer zu sein hat - ansonsten würde geräumt."

Wie die Instandbesetzer in ihrem damaligen Info-Blatt ausführten, halten sie die Aktion gegen ihr Haus für einen Teil einer innenpolitischen Restalinisierung. Durch die Liquidierung der Wenigen selbstverwalteten Projekte soll Druck auf die Engagierten die Anpassung oder die Ausreise erzwingen. Die Instandbesetzer wollen der erneuten kulturellen und geistigen Verwüstung des Landes widerstehen.

Zum Räumungstermin am 3. März war niemand ausgezogen, aber auf das Räumkommando warteten die Besetzer vergeblich. Stattdessen kam wieder das übliche Doppelspiel: die meisten bekamen von der KWW ein Wohnungsangebot, falls sie das Haus freiwillig räumen. Vier der Besetzer erhielten eine Ordnungsstrafe. Begründung: "Eine angespannte Wohnraumsituation ist kein Grund dafür, staatliche Gesetze nicht zu beachten. Durch Ihr Verhalten haben Sie staatliche Maßnahmen behindert."

In einer Beschwerde gegen die verhängten Ordnungsstrafen betonten Mitglieder des Wohnkollektivs Lychener Str. SF, daß sie das Haus instandbesetzt haben, um den Widerspruch zwischen den vielen leerstehenden und verfallenden Häusern einerseits und vielen Wohnungssuchenden andererseits zu bewältigen. Wenn als Grund der Räumung der Abriß der Häuser genannt wäre, sei dies absurd. Die Bausubstanz befindet sich in einem vergleichsweise guten Zustand. Das Wohnkollektiv Lychener Str. 61 SF bietet sodann an, "das Haus in Eigeninitiative, nach zur Verfügungsstellung der Mittel durch die KWW, zu renovieren, um so Rekonstruktionskapazitäten freizusetzen."

- a. b. -

"no fixed adress"

Eine Band aus Australien, die sich u. a. für die Rechte der unterdrückten Aborigines (Ureinwohner Australiens) einsetzt, durfte sich zum "Festival des Politischen Liedes" präsentieren. Im Anschluß daran hatten sie noch eine Tournee durch den Bezirk Rostock. Und es begab sich, daß just in diese Zeit der Geburtstag eines Bandmitglieds fiel. Da sie sich grad zu mitternächtlicher

Stunde auf der Autobahn befanden, machten sie Rast, zündeten Kerzen an, sangen Lieder und fuhren weiter.

An der nächsten Abfahrt wurden sie mit Handfeuerwaffen von einer Polizeisperre empfangen und in ein nahegelegenes Fußballstadion gebracht, wo sie sich unter Flutlicht einer Leibesvisitation unterziehen mußten.

Ein beförderungssüchtiger VoPo hatte wohl angenommen, es handle sich um eine Mahnandacht auf offener Autobahn oder eine subversive Aktion "Neue Sänger braucht das Land." Aus seiner Beförderung ist wohl nichts geworden. Die Gäste nahmen den Eindruck mit - Poli-

zisten gibt es überall auf der ganzen Erde: "no fixed address."

- m.u. -



WAS, GEBURTSTAG HAST DU?!
MENSCH, HALT BLOSS DEIN MAUL,
SONST KNALLN'SE DICH AB!

Ausreiseanträge in Zukunft behördlich geordnet?

Wie Ende März aus gewöhnlich gut informierten Kreisen bekannt wurde, ist vor wenigen Wochen eine Verordnung erschienen, laut der die Ausreiseanträge von DDR-Bürgern (Antrag auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft) innerhalb von 8 Wochen bearbeitet werden müssen. Falls materielle Gründe vorlägen, würde abgelehnt. Zugelassen würden nur verwandschaftliche Gründe. Die Verordnung werde, hieß es, erst demnächst bekanntgegeben. - a.b. -

Honecker-Leich-Gespräch am 3. März

Am 3. März fand ein Gespräch des Vorsitzenden des Staatsrats, Honecker mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen, Landesbischof Leich, statt. Wie es heißt, verlief das 2 1/4-stündige Gespräch in einer sachlichen, offenen und freimütigen Atmosphäre.

In seiner Ansprache betonte Leich die Grundsätze der Vereinbarungen zwischen Kirche und Staat von 1978. Das Verhältnis sei nach einem damaligen Wort von Bischof Schönherr "so gut, wie es der einzelne christliche Bürger in seiner gesellschaftlichen Situation vor Ort erfährt." Kirche wolle weder Oppositionspartei sein, noch Akklamationen abgeben, sondern freimütig kritisieren und konstruktiv mitarbeiten.

Weil die eigentlichen Adressaten keine Bereitschaft zum Dialog signalisiert hätten, seien die Kirchen in den letzten Monaten zum verstärkten Ansprechpartner von Ausreise-

willigen geworden. In den letzten Monaten habe die Anzahl der Menschen, die unser Land verlassen wollen, stark zugenommen. Dies liege daran, daß einer gewachsenen Bereitschaft zur Mitverantwortung keine entsprechende Bereitschaft zu differenziertem Denken in Staat und Gesellschaft gegenüberstehe. Zum anderen stehe die Öffnung der DDR nach außen im Widerspruch zu willkürlich gehandhabten Reisebestimmungen, die den Bürger in die Rolle des Unmündigen verwiesen. Auch darüber hinaus werde in Behörden häufig voreilig administriert, ohne den Versuch zur Überzeugung zu unternehmen. Kritik werde sogleich als Ausdruck von Staatsfeindlichkeit gewertet. Weiterhin kritisierte Leich die verharmlosende Berichterstattung der DDR-Medien, die den Eindruck erwecke, daß die tatsächlichen Aufgaben von den Verantwortlichen nicht oder unzureichend erkannt würden. Obwohl die Bereitschaft der Bür-

ger vorhanden sei, werde von den Medien nicht das Mitdenken und Mittragen eingefordert. Dann mahnte Leich die Einlösung der für Herbst 1987 zugesagten Gespräche über Fragen des Wehrdienstes, des Bildungswesens und des Umgangs mit den Bürgern an. Solche Gespräche, die besonders von jungen Leuten erwartet würden, könnten eine positive Signalwirkung für die Zukunftserwartung vieler Bürger sein.

Darüber hinaus nannte Leich andere Signale einer neuen gesellschaftlichen Perspektive:

- öffentliche Begründung bei Antragsverfahren jeder Art
- Offenlegung des Verfahrens und der Kriterien bei Besuchsreisen
- Versuch zur Reintegration von Ausreisewilligen durch Dialog und bei dessen Scheitern Angabe einer Mindestwartezeit bis zur Ausbürgerung
- Einführung eines zivilen Wehrrersatzdienstes, die nach Leichs Ansicht die Frage der Wehrdienstverweigerung erledigen würde.
- Deutliche Aussage der Chan-

gleichheit aller Bürger für den Bereich der Volks-, Hoch- und Fachschulbildung

- Dialogbereitschaft und Zusammenarbeit mit allen Bürgern, die Sorge um den Schutz der Umwelt tragen

- Zulassung einiger als seriös geltender westlicher Zeitungen an Zeitungskiosken
Schwierigkeiten mit der wirtschaftlichen Belastung, so Leich, könnten kompensiert werden durch größere Betonung menschlicher Werte und durch Eröffnung lebensnotwendiger Perspektiven.

Eine Antwort des Staatsratsvorsitzenden liegt nicht vor. In der "Schnellinformation des Bundes" heißt es nur, daß Honecker auf alle Fragen einging und die Sicht der DDR-Regierung dazu darstellte. Lösungen für angeschnittene Einzelprobleme seien nicht besprochen worden, doch habe sich Honecker offen für weiterführende Gespräche auf höchster Ebene gezeigt, für die jedoch weitere spezielle Vorarbeiten nötig wären.

(Aus: Schnellinformation des Bundes der Evangelischen Kirchen)

Polizeiaktion um eine angebliche Besetzung der Berliner Sophienkirche (nach einem Bericht des Gemeindepfarrers Passauer)

Zur Vorgeschichte ist vielleicht erst einmal zu sagen, daß die geschäftsführenden Pfarrer, Passauer und Hildebrand verschie- dentlich Nachrichten über eine angeblich bevorstehende Besetzung ihrer Kirche durch Ausreisewillige erhielten, so am 8.2.88 durch den Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, am 9.2.88 durch den Rat des Stadtbezirks Mitte, am 21.2. durch einen Anruf aus der Kirchengemeinde Tretow und am 26.2.88 durch den Rat des Stadtbezirks Mitte.

Das Geschehen vom Gottesdienst am 28.2.88 lieferte schon einen Vorgeschmack auf das noch Folgende. Polizei und Mitarbeiter der Staatssicherheit umlagerten das Gelände der Sophiengemeinde. Polizisten kontrollierten Besucher und begaben sich dazu sogar auf das Gelände der Gemeinde. Pfarrer Passauer legte

deshalb Beschwerde beim Stadtbezirksbürgermeister ein und bekam daraufhin auch eine Entschuldigung. Am 3.3.88 fand ein Gespräch zwischen dem bekannten Dr. Mußler, dem Sektorleiter im Magistrat von Groß-Berlin, Referat für Kirchenfragen und Frau Helms, Referentin für Kirchenfragen des Stadtbezirks Mitte und Pfarrer Passauer über die Ereignisse am 28.2., die allgemeine Situation in Berlin und in der DDR statt, das Pfarrer Passauer als konstruktiv bezeichnete. Nachdem Herr Mußler für den 6.3. erneut eine eventuelle Besetzung angekündigt hatte, einigte man sich letzten Endes darauf, Polizei und Sicherheitsorgane aus dem Spiel zu lassen, um nicht Anlaß zu Spannung und Beunruhigung zu geben.

Nun zu den Ereignissen am 6.3.:

Schon um 8 Uhr hatten sich Staatssicherheitsbeamte und Polizisten um die Sophienkirche herum postiert, kontrollierten Passanten, befragten diese nach ihrem Ziel und hielten Autos an. Eine junge Mutter, die keinen PA bei sich hatte, wurde gleich abtransportiert. Ihr 7-jähriges Kind blieb allein auf der Straße zurück und wurde dann von Leuten aus der Umgebung aufgenommen. Um 9.30 Uhr sah sich Pfarrer Passauer einer erregten Menge gegenüber. Es waren Gottesdienstbesucher kontrolliert und nachdem Grund ihres Kommens gefragt worden. Der Zugang wurde einigen verwehrt und die Leute unter Androhung von Haftstrafen und strafrechtlichen Maßnahmen eingeschüchtert. Passauer verlangte den Einsatzleiter zu sprechen, was ihm aber unter demonstrativer Ablehnung verwehrt wurde. Um 9.50 Uhr rief Passauer bei Dr. Mußler an und bat um eine Beendigung der Aktionen. Es passierte nichts.

Der Abendmahlsgottesdienst verlief in Ruhe und Konzentration. Themen waren das Gespräch Honecker-Leich und die Nachfolge Jesu Christi. Alles verlief ohne Störung. Vor dem Abendmahl wurde noch einmal die Möglichkeit zum Verlassen der Kirche gegeben, von der auch etwa 100 Menschen Gebrauch machten. Sie kehrten aber nach massiven Kontrollen aus Angst in die Kirche zurück. Auf dem Heimweg nach Abendmahl und Nachgespräch kam es zu einer Reihe von Kontrollen und Behinderungen durch VP und Staatssicherheit. Die Leute wurden in Hausflure gedrängt, bis nach Hause verfolgt, sogenannte "Kontrollkarten" mit Personalien, Wohnort und Beruf wurden ausgefüllt. Auf Passauers Protest erfolgte keine Reaktion. Den Kontrollierten wurde oft weder Name noch Dienstgrad des Kontrollierenden zur Kenntnis gegeben. Die Bitte darum wurde mit Worten abgeschlagen wie: "Das

geht Euch einen Scheißdreck an!" oder "Was bildet Ihr Arschlöcher Euch überhaupt ein?" oder "Mit Euch Scheißern werden wir schon fertig!". Einige Gottesdienstbesucher baten in fremden Wohnungen um Aufnahme. Ein zweiter Anruf bei Dr. Mußler brachte keine Veränderung der Situation. Von mehreren Zeugen ist beobachtet worden, wie ein Kirchenältester der Sophiengemeinde in seinem Hausflur in der großen Hamburger Straße um Hilfe schrie und wenige Minuten später blutend von Polizisten in ein Auto gebracht und abtransportiert wurde. Auch ein Junge aus Quedlinburg wurde auf dem LKW von der Polizei geschlagen und dann weggebracht. Als der von der Gemeinde zu Hilfe gerufene Bischof Forck aus der Marienkirche eintraf, war die Polizeiaktion fast beendet. Ein erneuter Anruf bei Dr. Mußler mit der dringenden Bitte, die Zugeführten sofort freizulassen, brachte keinen Erfolg. Ein Gesprächstermin mit Dr. Mußler wurde für den 8.3. vereinbart, der aber dann mit dem Hinweis abgesagt wurde, daß Stadtrat Hoffmann selbst mit Passauer sprechen wolle. Am 10.3. legte die Gemeinde über ihre beiden Gemeindepfarrer schriftliche Beschwerde beim Bezirksbürgermeister ein, Konstatieren kann man, daß es den Anlaß für die Übergriffe - die angeblich geplante Besetzung - nicht gab und eine Besetzung wahrscheinlich auch nicht stattfinden sollte. Es gab keinerlei Aktivitäten in diese Richtung. Die einzigen, die aktiv wurden und offenbar daran interessiert waren die "Organe", die mit dieser Aktion das Verhältnis zwischen Kirche und Staat wieder einmal ernsthaft belasteten.

Wird nicht wieder vorkommen (?)

In einem Gespräch mit dem Deutschlandfunk bekräftigte der Chef des Bundes der Evangelischen Kirchen, Bischof Leich seine Forderung nach einer Reiseverordnung für alle Bürger. Vorgänge wie um die Berliner Sophienkirche, hieß es weiter, seien einmalig. -ncg-

Die Schlaraffenland-Bewegung. Ein Kommentar statt eines Berichts

Westliche Medien schreiben Tag für Tag die Sensation aus: das vielzitierte Volk der DDR scheint im 39. Jahr seines Bestehens in zwei Lager gespalten: Die, die sofort gehen möchten und die anderen, die noch eine Weile bleiben wollen.

Alle Naselang gibt es eine neue Demonstration von Ausreisewilligen in einer anderen Stadt der Republik, ob in Wismar, Berlin, Leipzig, Jena oder sonstwo. Seitenweise liegen uns Berichte über die "Sensationen" des letzten Monats vor, Demonstrationen, Zuführungen, Vernehmungen, Gerichtsurteile, Ausreisen. Mit geringer Mühe könnten wir eine republikweite Chronik der Ausreisebewegung zusammenstellen - wir wollen aber nicht.

Natürlich wird es in jedem Land und zu jeder Zeit für einige Menschen ernsthafte politische, persönliche oder wirtschaftliche Gründe zum Verlassen des Landes geben. Aber - Staatssicherheitsdienst hin, Obst- und Gemüseversorgung her -, es muß doch einmal gesagt werden, daß die DDR zwar nicht die vollkommenste aller Welten ist, aber hinsichtlich des wirtschaftlichen Wohlstandes der Bevölkerung mit Italien und Großbritannien zu vergleichen ist, und die Mitbestimmungs- und Menschenrechte zwar nicht garantiert sind, aber bei weitem nicht so brutal mit den Füßen getreten werden wie in den Bekannten Hinterhof-Diktaturen der USA. Die DDR ist nach Weltmaßstäben kein so unerträgliches Land, daß eine derartige Massenflucht verständlich wäre. Es gäbe genügend Gründe zu bleiben, um ein erträgliches Land in ein besseres umzugestalten.

Das würde freilich ein wenig Nachdenken und einige Unbequemlichkeiten erfordern und ist offenbar für den zur Versorgungsmentalität erzogenen Großteil der Bürger eine Überforderung. Adäquater und nahelie-

gender ist es, den Traum vom Schlaraffenland Bundesrepublik zu träumen, von Smarties, Onko-Kaffee, Wienerwald-Hähnchen und einer feenhaften Freiheit. Und gar nicht so wenige Unentwegte unternehmen es, die Mauer zu diesem Märchenland durchbrechen zu wollen, die in diesem Fall leider nicht aus Müller-Milchreis besteht.

Kein Zweifel, auf eine kuriose Weise scheinen unsere Landsleute, unsere lieben Deutschen immerhin ihren Mut wiederentdeckt zu haben. Nicht für die paar selbstverwalteten Projekte in der DDR. Die stehen nach wie vor vereinzelt da: beargwöhnt, gehaßt und verfolgt von den einen und bewundert, überschätzt und überlastet von den anderen. Kaum jemand kommt auf den Gedanken, daß sie zum Neubeginn aufrufen: daß man aussteigen könnte, um irgendwo im Lande eine Keimzelle für eine neue Art von Gemeinschaft zu schaffen, daß aus tausend Keimzellen eine Gesellschaft von unten entstehen könnte, daß eine Solidargemeinschaft von tausenden nur schwer zu brechen ist. Dies alles scheint zu schwierig, das ist diesen Leuten nicht möglich.

Aber für einen Umzug von Deutschland nach Deutschland ist der Mut nicht zu klein. Da steigen "unsere Bürger" zu tausenden aus und stellen Karriere, Besitz und Familie beiseite, riskieren sogar Gefängnisstrafen. Da werden plötzlich Selbsthilfegruppen geschaffen, andererseits aber auch Kinder als Geiseln zu Demos mitgeschleppt, Frau und Kindersitzengelassen, Freunde und Solidarisationswillige verraten, - da ist jedes Mittel recht.

Landesweit haben sich - mit wenigen Ausnahmen - die Basisgruppen entschieden, nur in Einzelfällen Solidarität mit Ausreisewilligen zu üben. Das geschah nach bitteren Erfahrungen mit der Solidarisationsunfähigkeit und Egozentrik dieser Leute. Überall wurden unsere Gruppen nur benutzt, um daß begrenzt-

te Ziel der Ausreise zu erreichen. Falls es ins Konzept paßte, verrietten uns die Ausreisewilligen mit Begeisterung an die Behörden. Im Westen angekommen, gaben sie sich vor der Presse als Menschenrechtler oder Mitglieder von Friedens- und Umwelt-

gruppen aus und verhöhnten und usurpierten unseren Namen.

Für diese Art von Mut gegenüber den Schwachen fehlt uns das Verständnis. Für diese Karrikatur einer Bewegung rühren wir keinen Finger mehr. Schlaraffenland? Nein, danke! - r.l. -

Dieser Kommentar ist natürlich nur eine Meinung eines Betroffenen. Wir sind kein Organ, nicht einmal der UB, erst recht nicht der Basisgruppen. Ein ganz gegenteiliges Bild zeichnet sich im folgenden Brief eines Ausreisewilligen ab, der allerdings eine rühmliche Ausnahme unter einer Flut derartiger Briefe ist.

Leserbrief an die "Umweltblätter"

Berlin, den 11. März 88

An die Redaktion der "Umweltblätter"!

In der Hoffnung, daß Ihr als Redaktion der "Umweltblätter" auch Interesse an der Meinung Eurer Leser habt, möchte ich hier ein paar Gedanken zum Artikel "Die Luxemburg-Affäre" äußern.

Ich habe mit meiner Familie seit einem Jahr einen Antrag auf Ausreise aus der DDR zu laufen. Deshalb begrüße ich es natürlich sehr, daß Ihr Euch verstärkt mit der Ausreiseproblematik auseinandersetzen wollt. Leider habe ich aber an vielen Stellen des Artikels den Eindruck, Ihr wollt alle sogenannten "Ausreisewilligen" in einen Topf werfen. Das hätte ich für einen großen Fehler. Ich distanziere mich hiermit in aller Entschiedenheit von denen, die glauben, ihren Willen auf Ausreise mit allen Mitteln und um jeden Preis durchsetzen zu müssen. Die Ausnutzung von Ideen und von Veranstaltungen der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen für ihre persönlichen Interessen empfinde ich als gewissenlos all jenen gegenüber, die hier in der DDR bleiben wollen. Ich und sicher noch viele andere Leute mit Ausreiseantrag haben sich schon im November wegen der Aktion gegen die UB an der Mahnwache beteiligt. Nicht jedoch, um der Polizei und Stasi unangenehm aufzufallen und dadurch vielleicht schneller in den Westen zu kommen. Sondern aus ehrlichem Protest gegen die Willkür des Staates. Ich persönlich war zu die-

sem Zeitpunkt immer noch auf der Suche nach Gründen, die mich bewegen könnten, im Land zu bleiben. Die Erlebnisse in den Novembertagen 87, die Solidarität der verschiedensten Menschen untereinander, die Atmosphäre in und um die UB, ließen mich eine Zurrücknahme meines Antrags in Erwägung ziehen. Daß ich es nicht getan habe, lag daran, daß ich unzufrieden war mit der Umwandlung der konkreten Forderung der Basisgruppen in Bitten und Wünsche der Kirchenleitung gegenüber dem Staat. Mit ist kein Fall bekannt, wo irgendeine Regierung auf Wunsch des Volkes irgendeine Reform eingeleitet hätte. Nur ständiger Druck von unten ist meiner Meinung nach dazu geeignet, den Staat zu zwingen, endlich Demokratie und Meinungsfreiheit für alle Bürger in diesem Land zuzulassen.

Was die Führung dieses Staates von Bitten und Wünschen ihrer Bürger hält, ist in den Tagen ab dem 17. Januar so deutlich wie noch nie geworden.

Deshalb kann ich Euren Optimismus, den Ihr in Bezug auf positive Veränderungen in der DDR zu haben scheint, nicht teilen. Ich habe resigniert und werde, auch aus Sorge um die Zukunft meines Sohnes, dieses Land verlassen.

Denen, die hierbleiben und weiterkämpfen wollen, wünsche ich genügend Kraft und Stehvermögen, damit sie länger durchhalten, als ich es konnte.

- j.m.

Westberliner SEW-Organ "Wahrheit" will Verleumdungen unterlassen

Mit unerwarteter Schnelligkeit gab Ende Februar das Westberliner SEW-Organ "Wahrheit" gegenüber dem 1983 aus der DDR zwangsausgebürgerten Jenäer Roland Jahn eine Unterlassungserklärung ab. Bei einer Vertragsstrafe von 20000 DM verpflichtete sich die Zeitung, nicht mehr zu behaupten, Jahn sei ein Komplize westlicher Geheimdienste. Am 18. Februar hatte die SEW-Zeitung einen Artikel des "Neuen Deutschland" nachgedruckt, in dem Jahn mehrfach als Mitarbeiter westlicher Geheimdienste denunziert wurde. Ende Februar druckte sie dann eine ausführliche Gegendarstellung Jahns. Anwalt Eisenberg überraschte vor allem das rasche Einlenken der "Wahrheit", die sich ohne weitere Einwendungen zu der Unterlassungserklärung bereitfand. Üblicherweise, so Eisenberg, gebe es bei diesen Rechtsstreitigkeiten ein langes Tauziehen. Offenbar gehe die "Wahrheit" selbst davon aus, daß es sich bei den Verleumdungen um völlig haltlose Vorwürfe handle. -vag-

Vogel gegen Biermann und TAZ

Der bekannte DDR-Ausreise-Rechtsanwalt Vogel verlangte jetzt über einen Westberliner Kollegen von der Westberliner "Tageszeitung" den Abdruck einer Gegendarstellung. Weil Wolf Biermann in einem namentlich gekennzeichneten Artikel Vogel eine "zweiächtige Gestalt" genannt hatte, die "seit Jahrzehnten davon lebt, daß die DDR Kopfgeld beim Verkauf von unbotmäßigen Landeskindern kassiert", verlangte der Rechtsanwalt nun den Widerruf. -vag-

Dresden im Kampf um eingabefreies Trinkwasser

Leider muß Dresden einen Teil seines Trinkwassers aus verregnetem Elbwasser bzw. Brunnen an der Elbe beziehen. Ziel der Verantwortlichen der Trinkwasserversorgung von Dresden ist deshalb nicht TGL-gerechtes Trinkwasser, sondern eingabefreies! Wie geht die Entwicklung weiter? Hosterwitz wird stark erweitert (Elbwasserverrieselung), kommt dazu Brookwitz (ebenfalls Elbwasseraufbereitung) oder (Talsperre)? Schon heute hat Dresden eine mehrfach höhere Durchfallrate als der Republikdurchschnitt. Ein Zusammenhang der Phänomene scheint über den Kurzschluß Fäkalien-Oberflächenwasser-Aufbereitung epidemiologisch wahrscheinlich. Wollen wir nicht hoffen, daß der Rhizinuseffekt das oft sprapazierte Bild vom Zusch... des verschlafenen Elbtalkessels Wirklichkeit werden läßt.

- l.k.f. -



"ANSONSTEN SCHÖNE GRÜSSE AUS DRESDEN!"

Erfurt, Dresden usw.

In den "Umweltblättern" vom 15.12.87 wurden einige katastrophale Zustände von Luft-

und Wasser ^{verschmutzung} in Erfurt angesprochen. Dazu noch einige Gedanken:

In Erfurt herrschen ca. 8% aller Tage Inversionswetterlagen. Aber nicht jede Inversionswetterlage führt auch zwangsläufig zu starker Anreicherung von Schadstoffen in der Luft. Die Hauptursache für den Smog stellt in Erfurt eindeutig der Hausbrand dar, verschärft durch die angesprochene schlechte Kohlequalität. Ein Vergleich der Schadstoffbelastungen von Erfurt und Leipzig ergab folgendes Bild: Leipzig, im flachen Land gelegen, und demzufolge besser durchlüftet, besitzt stets eine höhere SO_2 -Emission (d.h. Ausstoß), die Immission (d.h. wirksame Konzentration in der Luft) ist in der heizfreien Periode etwa gleich der von Erfurt. In der Übergangsperiode ist die Immission in Erfurt um ein Viertel, in der Heizperiode um die Hälfte größer!

Ebenso unter Smog wie Erfurt leidet auch Dresden. Aber die wasserwirtschaftliche Lage von Erfurt, immerhin zweistufige Kläranlage, d.h. biologische Reinigung, ist gegenüber der Dresdens einfach rosiger zu nennen. Dies ist bestimmt nicht besagter "Betonrosi" (Red: so die Erfurter Bürgermeisterin im Volksmund) zu verdanken, aber in Erfurt sieht man in Flußläufen z.B. flutende Wasserpflanzen. Natürlich sind diese Vorfluter eutrophiert (zu viel Pflanzennährstoffe, da keine dritte Reinigungsstufe). Aber die dritte Reinigungsstufe kann beim gegenwärtigen Investitionstempo der Wasserwirtschaft noch kein allgemeines und sinnvolles Ziel sein. Was kosten die Vorzeiganlagen in Berlin und was passiert z.B. in Dresden?

Die zentrale Kläranlage Kaditz ist, wie schon hier berichtet, seit einem Dreivierteljahr völlig außer Betrieb. Bezeichnenderweise wurde dies aber verschwiegen, auch vor dem Ministerium. Ihr Wirkungsgrad war aber auch vorher schon völlig unzureichend. Was gibt es sonst noch in der Elbtalwanne? In Coswig ein stinkender Pfuhl, völlig überlastet, da können sich kaum grobe Partikel absetzen, von einem

Abbau zehrender Substanzen ganz zu schweigen. Der bereits begonnene Neubau verzögert sich skandalös. Die restlichen kleinen, kommunalen Kläranlagen in Dresden kann man an einer Hand abzählen, alle besitzen nur eine 1. Reinigungsstufe und sind kaum funktionstüchtig. Fast alles Abwasser der Agglomeration geht also ungeklärt in die Elbe, wobei die Verantwortlichen nicht genau wissen, wie und wo was durch die Kanäle fließt. Es ist auch nicht ratsam, dort nachzusehen. Cyanidabwässer einzelner, wohlbekannter Dresdner Betriebe haben schon Wirkung gezeigt und nur der Geistesgegenwart der Rohrnetzarbeiter ist es zu danken, daß es keine Opfer gab. Proteste gegen diese Cyanidabwässer versanden in oberen Leitungsebenen, obwohl die Umweltkriminalität von Solidor beispielsweise allgemein bekannt ist.

Zurück zu Kaditz. Gebaut wird ja nun in Dresden. Aber vieles ist noch völlig unklar. Schon seit mehreren Jahren ist die Schwermetallbelastung des Dresdner Schlammes bekannt und wurde auch öffentlich, z.B. bei Besichtigungen, erwähnt. Was aber passierte bisher mit dem Trockenschlamm? Er kam zum Frühgemüsezentrum. Bis es zu Eingaben kam. Wir wissen nicht, ob die Hygiene Schwermetallanalysen an solcherart gedüngten Kulturen durchgeführt hat. Eine Stichprobe bei Blattsalat z.B. ergab reichlich 20 mg/kg Trockenmasse, normale Kupfergehalte bei diesem Gemüse liegen zwischen 0,1 und 0,8 mg/kg Frischmasse (zum Vergleich mit Trockenmasse etwa mal zehn nehmen). Von wesentlich größerem Interesse wären natürlich Untersuchungen des Cadmium-Gehaltes. Nun fällt ja in Kaditz erstmal kein Schlamm mehr an. Der Neubau läßt sich Zeit, geplante Technologien sind von vornherein umstritten, Pläne zur Schlammdeponierung gibt es nicht. Wer die Arbeitsweise im Freitaler Lederwerk kennt, kann sich ausrechnen, daß der

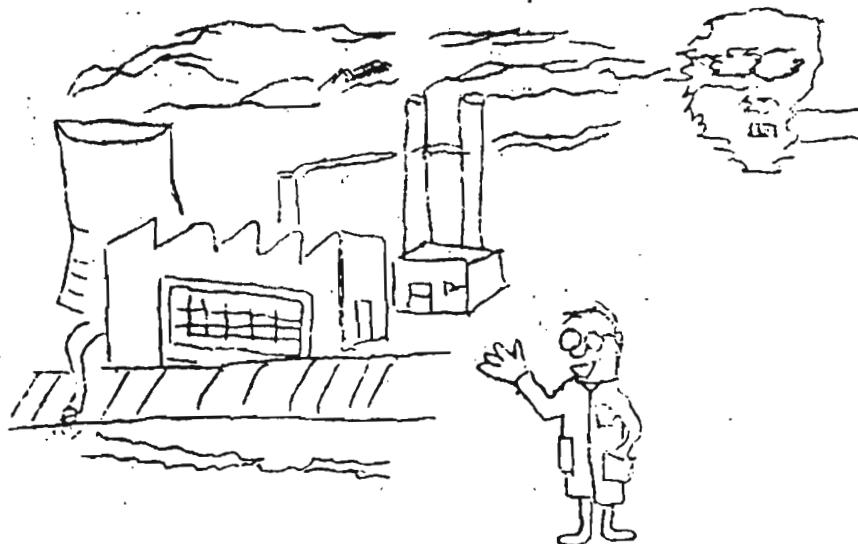
Klärschlamm verchromt werden muß. Vielleicht ändert dieser Betrieb seine Technologie demnächst. Eine unbedenkliche landwirtschaftliche Ausbringung des Dresdner Klärschlammes wird trotzdem nicht erreicht werden, dazu ist die komplexe gewerbliche Belastung der Dresdner Kanalisation zu hoch.

Die Elbe selbst wird in Dresden am deutlichsten gekennzeichnet vom Z e l l u l o s e w e r k in P i r n a. Hoffentlich ist die dort zu errichtende Kläranlage vor der Kaditzer fertig, denn die Dresdner Fäkalien sind als Zuschlagsstoffe für den wenigstens teilweisen Abbau des Pirnaer Abwassers notwendig!

Noch einmal zum Artikel über Erfurt. Ein PH-Wert von 8,5 ist fast normal. Wir sollten immerhin bedenken, daß in Seen allein durch Photosynthese (u.a. der Algen) im Sommer PH-Werte bis 10 und darüber möglich sind. 8,5 ist ein gängiger Grenzwert.

Aber besorgt Euch doch mal Uni-testpapier und meßt unterhalb der großen Färbereien im Süden unseres Landes, die Hauptgebiete der Textilindustrie sind leicht auszumachen. Da geht es tatsächlich bis PH 12. Aber meßt an Ausläufen, denn falls das Abwasser gerade mal sauer sein sollte, entweicht Schwefelwasserstoff in beträchtlichen Mengen. Man braucht nämlich beim Färben nicht nur Chlorbleichlauge, sondern auch Farben, die mittels Sulfiden gelöst und nach Abspaltung desselben erst fest auf der Faser sitzen. - l.k.f. -

Dieser Artikel ist unserer Meinung nach beispielgebend fachlich präzise, verständlich für Laien und zudem gut geschrieben. Leider wissen wir nicht mehr, wer der Autor war. Falls er dies liest: Wir sind sehr an weiteren Artikeln dieser Art interessiert (übrigens auch von anderen).



"NACH DEN INNENPOLITISCHEN SÄUBERUNGEN IN DER LETZTEN ZEIT MACHEN VIELE WEITER. WIR AUCH!"

Vom Umgang mit hochgiftigen Stoffen in einem Berliner Industriebetrieb

Alle Dinge sind Gifte
und nichts ist ohne Gift,
allein die Dosis macht,
daß ein Ding kein Gift ist.

PARACELSUS (1493-1541)

Der Verkehr mit Giften wird im Giftgesetz vom 7. April 1977 (Gbl. I, Nr. 10) eindeutig geregelt und ist als rechtliche Grundlage für alle Betriebe und Einrichtungen, in denen der Umgang (Verkehr) mit Giften erfolgt, bindend.

Auf 3 Arten des Verkehrs mit Giften der Art. 1 wollen wir hiermit

einmal näher eingehen, da unserer Meinung nach grobe Verstöße gegen das Giftgesetz und das Landeskulturgesetz im VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin vorliegen.

1. Verarbeitung und Verwendung von Giften

Auf einem Nebengelände des VEB Werk für Fernsehelektronik Berlin-Oberschöneweide, auf dem sogenannten Nordgelände, werden seit 1978 in einer Produktionshalle Halbleiterscheiben zur Herstellung von optoelektronischen Bauelementen bearbeitet. Ein Verfahren hierbei ist die Epitaxie - das Aufeinanderwachsen von Kristallen verschiedener Stoffe - das in 2 verschiedenen Technologien angewandt wird: - der Flüssigphasenepitaxie (LPE)
- der Gasphasenepitaxie (GPE)

Während die Flüssigphasenepitaxie in ihrer Ver- und Entsorgung relativ unproblematisch ist, treten bei der Gasphasenepitaxie erhebliche Probleme auf. Die für den Epitaxieprozeß benötigten Stoffe wie: Arsen, Phosphor, Tellur, Chlor, Ammoniak werden im gasförmigen bzw. verflüssigten Zustand als Arsen-, Phosphor-, Chlorwasserstoff, Tellurdiäthyl sowie Ammoniakgas einem Reaktor zugeführt, in dem bei einer Temperatur von 800-900 °C der ca. 5 1/2stündige Epitaxieprozeß stattfindet. Das so entstandene Gasgemisch - Gift der Abt. 21 (hochgiftig, brennbar, ätzend u. explosiv) wird danach über eine lufttechnische Anlage von einem in etwa 9 m über Grund befindlichen Dachlüfter abgesaugt und ins Freie geblasen.

Die Gasphasenepitaxianlagen arbeiten im durchgehenden 3-Schichtsystem, an die Produktionshalle grenzt ein Kindergarten, es folgen Kaufhalle und Wohngebiet.

Der Betriebsleitung ist aus Eingaben und Beschwerden das Umweltbewußtsein der Anlieger bekannt. So wird berichtet, daß der VEB WF 1986 eine Sicherheitsstudie über die besagte Produktionshalle auf Honorarbasis in Auftrag gegeben hatte, die feststellt, daß das gesamte Abluftsystem der Halle veraltet ist und nicht mehr den sicherheitstechnischen Bestimmungen entspricht. Deren Rekonstruktion sowie der Bau eines 40 m - Schlot es seien sofort einzuleiten, da im Havariefall und bestimmten Windrichtungen eine akute Gefährdung der näheren Umgebung nicht ausgeschlossen werden kann.

Die Projektierung der Rekonstruktion wurde auf 1989 verschoben, der Schlot ist vor 1990 nicht zu erwarten.

Der Kombinateleitung in Erfurt sind all diese Fakten bekannt und erteilte zur Weiterführung der Produktion eine Ausnahmegenehmigung.

2. Der Transport von Giften

Die für den Epitaxieprozeß benötigten bereits oben genannten Stoffe befinden sich in 50 l Edeldruckflaschen und werden je nach Verbrauch alle 2 Wochen ausgewechselt. Dazu ist ein Transport notwendig, da auf dem Nordgelände nur die unmittelbare Produktionsmenge gelagert wird. Der Transport der Gasflaschen wird mit einem Elektrokarren durchgeführt, der sicherheitstechnisch ausgestattet mit einer Rundumleuchte, den ca. 500 m langen Weg zum Lagerbunker führt und dabei vorbei an einer Straßenbahnhaltestelle, die Ostendstraße 2x kreuzt. Dabei besitzt nur der mitfahrende Anlagenfahrer/Transportbegleiter eine Schutzmaske der NVA (0 grau rot), deren Filter in der Sicherheitsstudie als bedenklich erklärt wurde, da ein effektiver Schutz gegen alle Gase mit bestimmter Sicherheit nicht gegeben werden kann.

Desweiteren liegt ein großes Versäumnis der Deutschen Volkspolizei - vor allem innerbetrieblichen - vor, da speziell beim Transport extrem toxischer Substanzen, durch die im Falle einer Havarie eine besonders hohe Gefährdung der Bevölkerung eintreten könnte, eine Erlaubnispflicht festgelegt werden muß. (§ 7 Abs. 2 Giftgesetz)

3. Die schadloose Beseitigung von Giften

Die beim Epitaxieprozeß anfallenden toxischen Abprodukte in Form von Schlammablagerungen in den Abluftrohren werden chemisch und mechanisch herausgewaschen, das entstandene Gemisch eingedampft und in verplombten PVC-Behältern auf einem NVA-Gelände endgelagert. Ein Nachweis über die schadloose Beseitigung der Gifte wird nicht geführt. (Verstoß gegen § 10 Abs. 1+2 Giftgesetz, § 3 Abs. 2 der 2. DB zur 6. DB LKG)

Zusammenfassend kann gesagt werden:

Nicht nur der direkte Produktionsprozeß der Gasphasenepitaxie ist im VEB WF umweltgefährdend eingerichtet, sondern auch alle damit zusammenhängenden infrastrukturellen Maßnahmen. Sowohl die laufende Gasentsorgung, als auch das Eindampfen und Entsorgen der Abprodukte sowie der leichtsinnige und in höchstem Maße verantwortungslose Transport der Druckgasflaschen sowie die ständige Möglichkeit der Vergiftung der Arbeiter wegen Unzulänglichkeit selbst des letzten Schutzes (Atemschutzmaske) schreien geradezu nach Änderung. Der Worte sind genug gewechselt - laßt uns endlich Taten sehen!

- * . y . -

Trinkwasser - nur nicht zum trinken

Seit dem 22. Januar darf in Schmölln, einer Kreisstadt im Bezirk Leipzig, nur noch abgekochtes Wasser zu sich genommen werden. Wegen Verunreinigung des Trinkwassers durch eine Viehanlage bei Altkirchen.

Das Trinkwasser kommt von Altkirchen. Die Bürger der Stadt wurden durch Zeitung und Polizeiwagen über die Verunreinigung informiert.

- n . n . -

Kann man so Wohnungsprobleme lösen?

In den Monaten Dezember 1987 und Januar 1988 wurde in Potsdam, in der Jägerallee, der halbe Straßentrakt (5 Mehrfamilienhäuser) auf der rechten Stadtauswärtsseite abgerissen.

Diese Häuser waren in einem ausgezeichneten Bauzustand und wurden zum Teil von gesellschaftlichen Trägern bis zum letzten Tag genutzt.

Der Abriß begann mit der Sicherung der Baustelle, mit einem für diesen Zweck ungewöhnlichen Zaun. Der Zaun wurde durch eine Aus- bzw. Einfahrt unterbrochen, die von Sicherheitskräften der Staatssicherheit bewacht wurde. Arbeitskräfte der Staatssicherheit führten den Abriß mit einer für DDR-Verhältnisse ungewöhnlichen Schnelligkeit durch. Viele Potsdamer konnten so ihren Unwillen nicht zum Ausdruck bringen und wurden vor vollendete Tatsachen gestellt.

Wertvolle, fassadenschmückende Teile, zum Beispiel Friese, Ornamente u.ä. aus Zinkguß, wurden dabei sinnlos zerstört.

Der Grund für den Abriß ist darin zu sehen, daß der Apparat der Staatssicherheit in Potsdam sich nach einer ersten Erweiterung und der Übernahme von bereits zwei großen Wohnhäusern in der Hegelallee nunmehr ein zweites Mal erweiterte und die Absicherung ihres Objektes nun nach allen Seiten perfekt ist.

Besonders bedauerlich für die Potsdamer ist die Tatsache, daß

wertvoller und dringend benötigter Wohnraum so den Potsdamern verlorengelassen, da die gesellschaftlichen Nutzer der abgerissenen Häuser neue Arbeitsräume in ehemaligen Wohnhäusern bezogen haben.

"Aspirin - in jeder Familie, in jedem Haus"

Ein zwar langweiliger, aber dafür offensichtlich umso mehr zutreffender Werbeslogan der Bayer AG, der wohl internationalen Rang haben dürfte. Der Wirkstoff darin, die Acetylsalicylsäure (kurz ASS), ist ausserdem Bestandteil zahlreicher anderer Medikamente, z.B. ACESAL, ALKA-SELZER, NEURALGIN, GELONIDA (in den meisten in Kombination mit anderen Pharmaka). Glaubt man den Statistiken, so werden in den USA täglich 100 Millionen Tabletten ASS eingenommen, das sind pro Jahr fast 20 000 Tonnen!

Den Namen und das Wirkungsprinzip hat sich die ASS von der Weide abgeguckt. Weidenrinde wurde schon 300 v. Chr. als Heilmittel erwähnt. Seit 90 Jahren wird die ASS synthetisch hergestellt.

In der Meinung, uns mit der "reinen" Wirksubstanz auch die reine Wirkung eingefangen zu haben, schlucken wir die bittere Pille massenweise und werden uns ihrer erst bewußt, wenn die unerwünschten "Neben"-Wirkungen voll durchschlagen! Teuer erkaufte Lebensqualität!

Die Acetylsalicylsäure wirkt dadurch, daß sie die Bildung

von bestimmten Gewebeshormonen (den Prostaglandinen), die sich überall im Körper befinden und eine Vielzahl von Funktionen ausüben, hemmt. Dadurch werden nun Schmerz, Fieber und Entzündungsreaktionen, die normalerweise den Körper schützen sollen, unterdrückt. Gleichzeitig werden auch andere Schutzfunktionen der Gewebshormone, z.B. auf die Magenschleimhaut, beseitigt. So können also Geschwüre auftreten oder sich verschlimmern. Ebenso kann das Blut nicht mehr so schnell gerinnen. Diese beiden Wirkungen zusammen sind sehr wahrscheinlich für die relativ große Anzahl lebensgefährlicher Blutungen in den Verdauungsorganen verantwortlich, die unter dem Einfluß des Schmerzmittels auftreten.

Mehr als die Hälfte der Menschen, die ASS über längere Zeit einnehmen, leiden unter Blutarmut, die durch langdauernde, versteckte Blutverluste über Magen und Darm zustande kommt (bei 2g ASS/Tag schon mehrere Milliliter). Schwere Asthmaanfälle können entstehen. Für Asthmatiker ist ASS lebensgefährlich. Weiterhin können auftreten: Erbrechen, allergische Hauterscheinungen, Wund-

heilstörungen, bei Einnahme in der Schwangerschaft Geburtskomplikationen sowie Nierenschäden.

Schwere Fälle von Vergiftungen mit ASS verlaufen tödlich, jährlich in den USA 500, in GB 200 Todesfälle.

Uns sollte bewußt werden, daß der "Schmerz" an sich fast immer eine sinnvolle Warnreaktion des Körpers darstellt. Das betreffende Organ oder Körperteil wird uns unliebsam in Erinnerung gerufen, wird uns bewußt. Anlaß für eine Änderung unseres Verhaltens oder der Lebensführung - und nicht Anlaß zum Schlucken der Chemie.

(nach Loga, Naber: Beitrag zum Reader zur Giftgrünen Woche 88 im Ökodorf e.V.)

Red: Unser Aspirin, das Acesal kostet im 10er-Pack 35 Pfennig, ist frei verkäuflich und gilt als Geheimtip für Leute, die ein gutes Schmerzmittel ohne Nebenwirkungen haben wollen. Aus diesem Grund wird Acesal auch von Ökos als noch akzeptables Schmerzmittel angesehen. Schon auf der Packung ist die Dosierung großzügig; bis 16 pro Tag werden erlaubt: 8g AES/Tag! Und wie sinnvoll ist das Verschreiben von Gelonida bei Monatsschmerz und Routinedammschnitten bei Entbindungen!

Wie einfach ist doch der Griff zur Pille im Hausapothekerschrank im Gegensatz zu der mühsamen Herstellung eines Tees aus Weidenkraut oder andern Heilkräutern!

Am 26. April 1986 um 1.23.40 Uhr havarierte der graphitmoderierte Siedewasserreaktor in Tschernobyl in der Sowjetunion. Weite Teile Europas wurden von der radioaktiven Emission der Reaktorkatastrophe bedeckt. Nicht abschätzbare Schäden an Lebewesen und Pflanzen sind die Folge gewesen und weitere Folgeschäden werden auftreten. Die Risiken der Atomenergienutzung wurden seit Tschernobyl in weiten Teilen der Bevölkerung diskutiert und vielerorts wurde in Volksabstimmungen gegen Atomkraftwerke entschieden. Trotzdem wird von einer unverantwortlichen Industrielobby, ihren assoziierten Experten und vielen Regierungen der Ausbau der Atomenergie weiter forciert. Auf Kosten der Bevölkerung und auf Kosten der kommenden Generationen!

Die Umwelt-Bibliothek wird am 25. April um 12.00 Uhr eine Andacht zur Erinnerung an die Reaktorkatastrophe durchführen. Wir rufen Basisgruppen und Gemeinden auf, unserem Beispiel zu folgen. Überall im Land sollten Glocken und Betende die Verantwortung für das Schicksal unseres Landes und unserer Erde bewußt machen und die Mächtigen mahnen!

Schadwirkung von geringen Mengen radioaktiver Strahlung auf die menschliche Gehirnentwicklung während der Schwangerschaft

Erst seit einigen Jahren ist bekannt, daß auch geringe Mengen der radioaktiven Strahlung nach den Atombombenabwürfen auf das Umfeld von Hiroshima und Nagasaki für die Jahre später beobachteten körperlichen und geistigen Schäden der Überlebenden, insbesondere der Kinder, mitverantwortlich gemacht werden müssen. Die Untersuchungen von 1600 im Mutterleib der Strahlung ausgesetzten Kinder zeigen:

- 1.) Es besteht auch für kleine Mengen radioaktiver Strahlung eine Dosis-Wirkungsbeziehung: Je stärker die Strahlung, desto häufiger und stärker werden Schädigungen verschiedenster Art beobachtet. Bis heute kann kein Schwellenwert angegeben werden, unterhalb dessen keine Schädigung auftritt. Vielmehr kann schon eine Strahlung im sog. Niedrigdosisbereich zu Hirnschädigungen führen.
- 2.) Die besonders kritische Phase für Strahlenschäden liegt zwischen der 4.-25. Schwangerschaftswoche (extreme Vermehrung der Nervenzellen und deren Verschaltung). Ist in diesem Zeitraum der Embryo im Mutterleib geringer erhöhter radioaktiver Strahlung

ausgesetzt, so erhöht sich die Wahrscheinlichkeit der Schädigung um das 4 bis 7-fache. So wurden in Berlin-West im Januar 87 9 schwachsinnige Kinder gegenüber dem sonstigen Monatsdurchschnitt von 2 bis 3 geboren. Nach Meinung von Experten ist damit eine Ursache-Wirkungs-Beziehung zu Tschernobyl zwar nicht zu beweisen, doch kann diese ebensowenig ausgeschlossen werden.

3.) Die Folgen der Strahlung sind überwiegend schwerwiegende geistige Behinderungen. Schulnoten und Intelligenzpunktzahlen 10-11-jähriger Kinder aus Nagasaki und Hiroshima Mitte der 50iger Jahre waren deutlich herabgesetzt, in schwersten Fällen wurde eine völlige Unfähigkeit zum Rechnen, zum Führen einer einfachen Unterhaltung beobachtet; die Unterbringung mußte in medizinischen Einrichtungen erfolgen.

Fazit: In der Schwangerschaft kann radioaktive Strahlung kleinster Dosen zu schweren und lebenslang nicht korrigierbaren Hirnschädigungen führen.

(Otake, M.; Schull, W. J.: In utero exposure to A-bomb radiation and mental retardation: a reassessment. Brit. Journ. of Rad., 1984, 409 - 414) - u.n. -

Stellvertretender Bürgermeister von Wismar will Atommülltransporte aufhalten

Am 19.1.88 fand eine in mancher Hinsicht bemerkenswerte Veranstaltung im Wismarer Sella-Hasse-Klub zur kürzlich abgeschlossenen Städtepartnerschaft Wismar-Lübeck statt. Der referierende stellvertretende Oberbürgermeister Wismars, Herr Flemming, brachte u.a. seine Hochachtung gegenüber seiner Lübecker Amtskollegin, Frau Bauer, (SPD) zum Ausdruck. Diese hatte an der Spitze einer Demonstration gegen den durch Lübeck führenden Atommülltransport protestiert. Als Phänomen der Demokratie bezeichnete er die Tatsache, daß sich die durch die SPD regierte Bürgerschaft gezwungen sah, die Transporte polizeilich abzusichern und letztlich auch durchzusetzen. Unter Bezugnahme auf die zum Zeitpunkt der Veranstaltung im Kulturbund von westlichen Medien verbreitete Meldung, daß man einen Abtransport des umstrittenen Atommülls durch die DDR in Erwägung ziehe, wurde Herr Flemming gefragt, ob er sich auch an die Spitze einer Demonstration diesem Transport entgegenstellen würde. Seiner erstaunten Zuhörerschaft gab er spontan eine zustimmende Antwort, führte aber weiter aus, daß er es für absolut ausgeschlossen halte, daß der Transport über Wismar führen könnte. - c.k. -

Italiener bremsen den Atomkraftwerksausbau

Mit Mehrheiten um 80% haben sich die italienischen Wähler bei einer Volksbefragung am 8./9.11.87 für die Abschaffung von Gesetzen ausgesprochen, die den Bau von Atomkraftwerken begünstigen. Dem Referendum fiel ein Gesetz über die Atomkraftwerkstandortentscheidung durch ein Ministerkomitee, ein Gesetz über Subventionierung von Gemeinden von AKW-Standorten und ein Gesetz über die Genehmigung der Baubeteiligung an AKW's im Ausland für den staatlichen Energiekonzern ENEL zum Opfer. Knapp über 65% der Wahlbeteiligten gaben ihr Votum. - nag. -

Volksbegehren gegen Atomenergie

Ein Volksbegehren "für den Ausstieg aus der Atomenergie" in der Schweiz ist mit nahezu 106.000 gültigen Unterschriften zustande gekommen, teilte am 10.12.87 die Bundeskanzlei in Bern mit. Die Volksinitiative will jedes weitere Atomkraftwerk verhindern und die bestehenden so rasch wie möglich stilllegen.

Konkurs durch Atomkraftwerk

Die Betreibergesellschaft des US-Atomkraftwerkes Seabrook im Bundesstaat New Hampshire (USA) hat am 28.1.88 Konkurs angemeldet. Der Bau des AKW, dessen Kosten sich auf etwa 5,2 Milliarden Dollar belaufen, wurde zwar im Juli 86 abgeschlossen, aber das Werk konnte nicht ans Netz gehen, weil die Bundesbehörden den für den Unglücksfall vorgesehenen Evakuierungsplan für die im Umkreis wohnende Bevölkerung nicht genehmigte. - nag -

Erfolgreich gegen Atomkraft

Der Bau eines Atomkraftwerkes in der sowjetischen Stadt Krasnodar ist wegen Widerstands aus der Bevölkerung gestoppt worden. Die Zeitung "Komsomolskaja Prawda" berichtete, eine unverantwortliche Kampagne örtlicher Stellen nach dem Unfall von Tschernobyl habe die Einwohner der Stadt nördlich des Schwarzen Meeres verunsichert. Jetzt werde an gleicher Stelle ein Wasserkraftwerk errichtet.

(Anm.d.Red.: Nun ist ein Wasserkraftwerk ökologisch auch nicht das Gelbe vom Ei und "unverantwortliche Kampagne" hat auch zweierlei Bedeutungen, - aber der Fakt Bauverhinderung durch Bürgerprotest bleibt) - nag -

Atomkraftwerk im wald

In dem Dorf Klempicz, Wojewodschaft Piła, rund 50 km SSW von Piła und 135 km östlich der Oder-Neiße-Grenze DDR-Polen wird das AKW "Warta" gebaut werden.

Klempicz befindet sich im wald des Flusses Notec, hat z.Z. noch 52 Familien, rund 150 Einwohner.

Die Wahl fiel auf Klempicz, weil sich dort geeignete geologische und seismotektonische Bedingungen fanden, die Gegend dünn besiedelt ist und die Landwirtschaft nur Boden der Klasse 6 hat.

Die staatliche Energiefirma "Energieprojekt" plant den Bau eines AKW mit Atomreaktoren des Typs WWER. Es ist, wie es heißt, "der zur Zeit auf der Welt populärste und modernste Typ". Es sei ein ganz anderer Typ als der in Tschernobyl eingesetzte graphitmoderierete Siedewasserreaktor RBMK.

Um das AKW wird sich ein Schutzstreifen von 3 km Breite ziehen. Gesamtfläche: 320 ha für das AKW und Umgebung. Der erste Strom wird nach dem Plan 1997 erzeugt werden.



"UNTER UMSTÄNDEN WERDEN WIR SOGAR TOURISTISCHE
ATTRAKTION! WENN UNSER WALD ZUM TROPISCHEN
REGENWALD WIRD."

Die Einwohner wurden erst in diesem Jahr informiert, obwohl die Geologen schon seit 3 Jahren tiefe Löcher bohren, messen und überprüfen. Privat riet der Gemeindevorsteher von Lubasz den Einwohnern, die zum ihm kamen, um zu fragen, was das bedeute, alle Investitionen sein zu lassen.

Die Einwohner der anliegenden Ortschaften machen sich jetzt Sorgen, wie es mit der Reaktorsicherheit steht, denn Tschernobyl ist allen noch zu gut in Erinnerung. Außerdem beunruhigt sie, daß die Baugrube die Grundwasserverhältnisse stört (Absenkung des Grundwasserspiegels während des Baus). Das könnte zur Austrocknung des Geländes führen und sowohl den Urwald als auch den Anbau von Raps, Kartoffeln und Getreide gefährden. Gefragt wird auch, ob denn die Kondenswasserwolken über den Kühltürmen wirklich so ungefährlich sind.

Das AKW "Warta" ist bereits im Staatsplan. Die Sorgen und Fragen der Einwohner von Klempicz und der umliegenden Ortschaften sind nicht eingepäant. (nach der polnischen Zeitschrift "Panorama" 39/87)

Endlager für Tee in Ankara gesucht!

Rund 45000 Tonnen radioaktiven Tees bereiten den türkischen Behörden Kopfzerbrechen. Das ist etwa ein Drittel der Ernte von 1986. Zunächst hatte die türkische Regierung versucht, die Gefahren von Tschernobyl herunterzuspielen, doch waren radioaktive Cäsiumbelastungen von mehr als 100000 Becquerel pro kg gemessen worden (unabhängige Experten raten zu Nahrung mit höchstens 50 Becquerel für Erwachsene). Mittlerweile ist die verseuchte Ernte durch eine staatliche Teefabrik aufgekauft und wurde im Schwarzmeerhafen Hopa gelagert. Doch jetzt wird der Platz für die neue Ernte benötigt, deshalb wollen "Experten" von Caycur den ungenießbaren Tee in zwei stillgelegten Kupferminen in der Provinz Artvin vergraben. Anwohner wie lokale Politiker haben sich dagegen erfolgreich gewehrt. Auf heftigen Widerstand in der Bevölkerung stieß ebenfalls die Überlegung, den Tee in einer stillgelegten Zementfabrik einzubetonieren. Einen neuen Vorschlag unterbreitete der Provinzgouverneur Rize: Der verstrahlte Tee soll zu kompakten Böcken gepreßt und an einer strahlungsarmen Stelle im Meer versenkt werden (da werden sich die Fische aber freuen!). Eine andere Möglichkeit bestünde darin, die Blöcke in einer unbesiedelten Region zu vergraben. Nun soll die türkische Atomenergiebehörde endgültig entscheiden. Welche Variante sie auch bevorzugt, wir sind am ehesten im Vergleich zu anderen verhältnismäßig harmlose, radioaktive Mülldeponie reicher.

- nag., u.n. -

Mittelschweden: Hohe radioaktive Belastungen von Menschen und Tieren!

Menschen wie Tiere in Teilen Mittelschwedens sind auch 20 Monate nach Tschernobyl radioaktiv hochbelastet. Ganzkörpermessungen bei Bauern und Rentierzüchtern zeigen zehn bis 45 mal höhere radioaktive Belastungen durch Cäsium als bei Einwohnern Stockholms. Nicht Alarmierend (?), aber unnötig hoch, bewerteten Radiologen diese Ergebnisse. Ebenfalls hochbelastet sind Süßwasserfische desselben mittelschwedischen Gebiets. Ein Beauftragter des Strahlenschutzamtes erklärte, man müsse sich über Jahrzehnte auf hohe Cäsiumwerte in den Fischen einrichten.

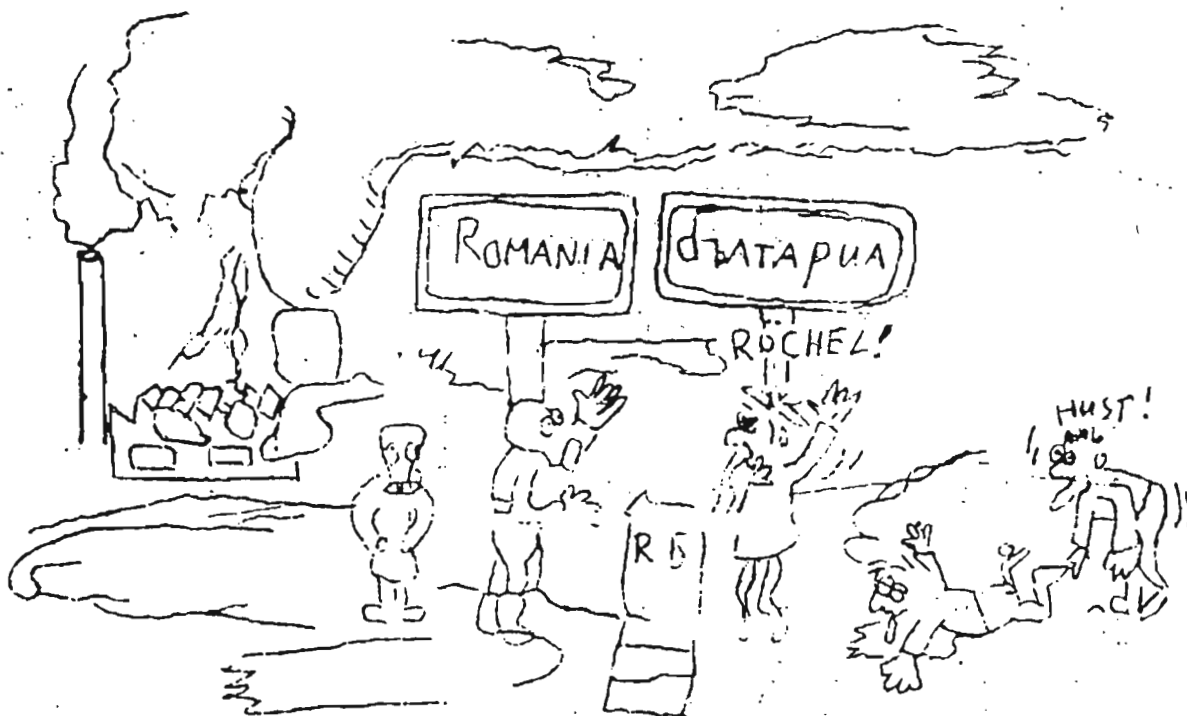
Um den Handel im eigenen Land nicht zu sehr zu stören, hatte die schwedische Regierung nach Tschernobyl den zulässigen Höchstwert für Lebensmittel von 300 auf 1500 Becquerel heraufgesetzt. Dagegen wird von medizinischer Seite empfohlen, daß für Kinder, schwangere und stillende Frauen der radioaktive Gehalt von 10 Becquerel pro kg Nahrungsmittel nicht überschritten werden sollte. - nag., u.n. -

Zum Umweltkonflikt Rumänien-Bulgarien

Der Konflikt über Umweltverschmutzung in der bulgarischen Stadt Russe und der rumänischen Stadt Giurgiu, über den die "Umweltblätter" bereits vor Monaten berichteten, ist immer noch nicht bereinigt. Ein altes Chemiewerk auf der rumänischen Seite ist für die Umweltbelastung verantwortlich. Die Luft in der Stadt Russe ist teilweise so schlecht, daß die Menschen mit feuchten Tüchern vor der Nase auf den Straßen laufen müssen. Viele Bäume innerhalb des Stadtgebiets sind abgestorben, Krankenhäuser melden verstärkte Herz- und Kreislaufkrankheiten.

Was tun die Verantwortlichen in dieser Situation? Sie debattieren um die Art und Weise der Bestandsaufnahme und diskutieren, bis wann etwa Maßnahmen zur Luftreinhaltung wirksam sein könnten. Die Öffentlichkeit wird damit beruhigt, daß man ja schon dabei sei, die Mißstände aufzudecken und Gegenmaßnahmen unverzüglich einzuleiten. In der Tat spricht von Zeit zu Zeit eine Regierungskommission zwischen rumänischen Verursachern und bulgarischen Betroffenen, doch die Luft hat sich davon nicht verbessert. Man hat auf dem jüngsten gemeinsamen Treffen beschlossen, die genauen Verschmutzungsgrade für die beiden Städte festzustellen und die Quellen für die Umweltbelastung zu finden.

Unterdessen darf der längst bekannte hauptsächlich Verursacher, das rumänische Chemiewerk, weiterproduzieren. - detlev -



"WAS WOLLT IHR, WIR MISCHEN UNS JA AUCH NICHT IN EURE ANGELEGENHEITEN!"

Armenien: Versuch einer Dokumentation

Zur Geschichte Armeniens

Die Armenier sind ein indogermanischer Stamm, der seit dem 7. Jahrhundert v. Chr. in Armenien ansässig ist. Die Blüte ihrer Kultur geht in das 4. und 5. Jh. zurück. Damals war das Staatsgebiet des Großarmenischen Reiches achtmal so groß wie die jetzige SSR Armenien. Zu ihm ge-

hörten wesentliche Teile Georgiens und Aserbeidshans. Im Süden erstreckte es sich fast bis zum persischen Tübris und nach Westen bis zu einer Linie westlich Zyperns. In Armenien wurde zuerst das Christentum zur Staatsreligion gemacht und im 5. Jh. ein eigenständiges Alphabeth entwickelt.

Obwohl die Armenier seitdem ständig unter der Herrschaft anderer (moslemischer) Völker (zB.) Meder, Perser, Römer, Türken) standen und Streitobjekt blütiger Kriege waren, konnten sie sich die Einheit von Sprache, Kultur und Religion bewahren. Ein Symbol der Zusammengehörigkeit war die armenische Kirche.

Im 19. Jh. setzte sich Russland, als christliche Nation und Bote der christlichen Zivilisation von den Armeniern nicht unerwünscht, in Armenien fest. Russland warf bis 1878 die Perser und Türken aus einem Teil des Landes. In dem unter türkischer Herrschaft verbliebenen Teil Armeniens ging die nationale Bewegung der Armenier gegen die Türken weiter. Die Aufstände der Armenier (seit Anfang 18. Jh.) verschärften sich durch die Bildung von Geheimbünden und die Anwendung von Terror. Die Türken antworteten mit unvergessenen Verfolgungen und Pogromen. Das blutigste Gemetzel fand 1915/16 statt, als 2 Millionen Armenier in der Türkei von Türken umgebracht wurden.

Mit der Oktoberrevolution brach die russische Herrschaft in der Region zusammen. Eine antibolschewistische transkaukasische Republik scheiterte an Nationalisten, dh. einem Bürgerkrieg zwischen Armenien und Aserbeidshan. So sind jeweils

bürgerliche Regierungen an der Macht. Die aserheidshanische Regierung wird 1920 durch einen bolschewistischen Aufstand gestürzt. Die armenische Regierung schickte sich 1920 an, das türkische Ostanatolien zu besetzen. Ostanatolien war ehemals armenisch, bevor es der Türkei eingegliedert wurde. Die armenische Armee wurde jedoch von Kemal Atatürk, dem türkischen Reformator, auf den Moskau große Hoffnungen setzte, vernichtend geschlagen. Daraufhin stürzte die armenische Regierung und die Rote Armee marschierte ein. 1921 wurde das armenische Karabach Aserbeidshan zugeschlagen und in Armenien im Gebiet einer moslemischen Minderheit die autonome Region Nachitschewan geschaffen. Von armenischen Nationalisten wird Lenin verdächtigt, er habe Karabach dem türkischen Diktator Atatürk zuliebe Aserbeidshan zugeschlagen.

Zu den Ereignissen

Schon Ende 1986 brachten Armenier aus Karabach ihren Willen nach Anschluß an Armenien in einem Brief an Gorbatschow zum Ausdruck. In den folgenden Monaten reichten die Armenier bis Ende 1987 75000 weitere Solidaritätsunterschriften nach (in Berg-Karabach leben 160000 Armenier). Ende Januar 88 erfolgte dann von einer dem ZK unter-



ordneten Instanz plötzlich "eine scharfe Absage". Am 12. und 13. Februar wurden in getrehten Resolutionen in allen Bezirken Karabachs eine Sondersitzung des Gebietssowjets zu dieser Frage gefordert. Am 13. Februar gab es laut "Is-westija" eine Kundgebung vor dem Parteigebäude in Stepanakert, Schüler und Studenten gingen nicht zum Unterricht.

Am 20. Februar berieten die 140 Abgeordneten des Gebietssowjets über den Anschluß Karabachs an Armenien. 110 Abgeordnete stimmten dafür, 17 dagegen und 13 enthielten sich der Stimme. Mit diesen Ergebnissen wandten sich die Deputierten des Gebietssowjets von Berg Karabach an die Obersten Sowjets der Aserbaidshansischen und der Armenischen SSR mit der Bitte, das Autonome Gebiet Nagorny Karabach von Aserbaidshan an Armenien zu übergeben und an den Obersten Sowjet der UdSSR mit dem Ersuchen, diese Frage zu erörtern. Der Gebietssowjet berief sich bei seiner Entscheidung auf den Artikel 78 der Sowjetverfassung von 1977. Nach diesem Artikel kann "das Territorium Unionsrepublik ohne ihre Zustimmung nicht geändert werden. Die Grenzen zwischen Unionsrepubliken können nur nach beiderseitigem Einverständnis, das der Bestätigung der UdSSR bedarf, geändert werden."

Zur gleichen Zeit wurde in Abowjan, 15 km von Jerewan entfernt, gegen den Bau einer Kautschukfabrik protestiert. 15000 Menschen nahmen an den Kundgebungen teil. Protestkolonnen marschierten nach Jerewan. Am 22. Februar rief der Parteichef Armeniens das Volk zur Wahrung der Ruhe auf. Trotzdem wurde aus dem Öko-Protest eine große Manifestation für den Anschluß Karabachs.

Am 23. Februar versammelten sich 50000 Menschen im Zentrum Jerewans und forderten: "Eine Nation - eine Republik". Am selben Tag entsandte Moskau

4 Führungsmitglieder in die Region. Vizestaatschef Demitschew und ZK-Sekretär Rasumowski flogen nach Stepanakert. Die ZK-Sekretäre Bolgych und Lukjanow reisten nach Jewerwan. Demitschew und Rasumowski nahmen am selben Tag an einer Versammlung des Parteiaktivs in Stepanakert teil. Sie überbrachten eine Problembewertung der Moskauer Zentrale. Diese kritisierte die Unruhen als "verantwortungslose Apelle einzelner extremistisch gesonnener Personen, die zur Störung der öffentlichen Ordnung führten." Das Parteiaktiv billigte diese Bewertung.

Am 24. Februar tagte im Beisein Demitschews und Rasumowskis die Parteileitung von Berg Karabach. Man stimmte mit 80 zu 10 Stimmen für den Anschluß Karabachs an Armenien und widersetzte sich somit der Moskauer Anordnung zur Beibehaltung des Status quo. Der Parteichef Karabachs, Keworkow, wurde umgehend "wegen Mängel bei der Arbeit" abgelöst. Diese Entscheidung wurde in Moskau gefällt, da Keworkow für den Anschluß gestimmt hatte.

Die Demos in Jerewan wuchsen währenddessen an. Am 23. Februar abends sollen rund 20000 Menschen auf den Straßen gewesen sein. Aus der Bewegung heraus bildete sich dann ein Organisationskomitee, dessen Leiter der Regisseur und Direktor des Theaters von Karabach, Sarachajan, war. Das Komitee hatte alsbald Filialen in anderen Städten und Betrieben. Der Vize-Innenminister bescheinigte den Demonstranten Friedlichkeit und berichtete, daß seit einer Woche keine Kriminaldelikte mehr begangen worden wären.

Die Demos erreichten am 25./26. Februar ihren Höhepunkt. Eine Million Menschen, die aus allen Teilen Armeniens kamen, beteiligten sich an der Demo. Armenische Afghanistankämpfer kündigten die Rückgabe ihrer Orden an, wenn der Anschluß Karabachs nicht erfolgen sollte. Invaliden wollten dafür auf ihre Vergünstigung verzichten. Am 25. Februar landeten

28 Flugzeuge mit Soldaten und Miliz in Jerewan. Russische Miliz bewachte das ZK-Gebäude in Jerewan. Das armenische Fernsehen drohte für den 26. Februar mit Streik, falls die Miliz vor seinem Gebäude nicht sofort abgezogen und es nicht das Rechts auf Direktübertragung der Demos bekommen würde. Es setzte sich durch.

Das Oberhaupt der armenischen Kirche, Katholikos Wasgen I. trat am 25. Februar im armenischen Fernsehen auf und ermahnte das Volk zur Ruhe. Er sagte, er hätte ein Telegramm an Gorbatschow geschickt, in dem er den Anschluß Karabachs als natürlich, gerecht und verfassungsgemäß bezeichnete. Der ZK-Sekretär Dolgych trat ebenfalls auf, berichtete aber von Opfern. Nach unbestätigten Meldungen soll es 2 Tote 15 Verletzte bei den Demos gegeben haben.

Wie später von der "Prawda" berichtet wurde, haben in jenen Tagen bis zu 60 Betrieben in Armenien nicht gearbeitet; in Berg Karabach wurde praktisch überall gestreikt.

Am 26. Februar ließ Gorbatschow von seinen Emissären in Baku und Jerewan einen Aufruf im Fernsehen verlesen. Darin forderte er zur Vernunft und Besonnenheit auf und beschwor die traditionelle Freundschaft zwischen Armeniern und Aserbaidshanern. Er verpflichtete beide Nationen auf die Leninsche Nationalitätenpolitik und kritisierte die Entfachung von Zwistigkeiten und Mißtrauen als Behinderung der Lösung von Problemen.

Am selben Tag empfing Gorbatschow die armenischen Schriftsteller Silva Kaputkin und Sori Balajan zu einem einstündigen Gespräch. Anschließend führten sie mit Politbüromitglied Jakowlew ein dreistündiges Gespräch. Für beide Treffen gibt es keine offizielle Bestätigung. Die Schriftsteller berichteten, daß Gorbatschow den vom ZK erhobenen Vorwurf des Extremismus zurückgenommen habe. Er bekundete den Armeniern seine Sympathie und bot Karabach drei sofortige Verbesserungen an: Das armenische

Fernsehen soll zukünftig dorthin ausstrahlen dürfen, die armenischen Schüler in Karabach sollen dem armenischen Bildungsministerium unterstellt werden und ein altes armenisches Kloster soll wiedereröffnet werden. Aufgrund dieser Zusagen beschloß das Organisationskomitee, die Demos vom 26. Februar an für einen Monat auszusetzen, um Moskau eine Entscheidungsfrist zu gewähren. Das sowjetische Fernsehen berichtete am 27. Februar erstmals über die Protestwelle und ihr Ende.

Während die Armenier und Moskau sich um eine Eingung mühten, reagierten die Aserbaidshaner mit tätlichen Angriffen auf Armenier, die in Aserbaidshan lebten. Diese Übergriffe gipfelten in einem Pogrom gegen die Armenier am 27. und 28. Februar in Sumgait. Wie ist dieser Pogrom über die Armenier hereingebrochen?

Eine Frau erzählt in heftigem Stakkato: Schon am 20. Februar, gleich nach dem Beschluß des Gebietssowjets von Karabach, hätten Aserbaidshaner auf den Bergen ringsum Feuer zur Warnung angezündet. Im Nachbargebiet Agdam hatte der aserbaidshanische Parteichef Bagirow eine aufputschende Rede gehalten. Zu diesem Zeitpunkt zogen schon Aserbaidshaner brandstiftend bis in das Verwaltungszentrum von Karabach. (Anm. d. Red.: dabei kam es zu 2 Toten).

Am 26. Februar kam es in Sumgait zu den ersten Angriffen auf Armenier. Zusätzlich hatten Versammlungen und auch der Parteichef der Stadt, Sardek, die Stimmung aufgeheizt. Ein halbes Dutzend Busse hatte Fremde herantransportiert. Die Rollkommandos und ihre Mitläufer wuchsen auf 500/600 Mann an. Sie bekamen Listen von Hausverwaltungen in die Hände, aus denen sie Namen und Adressen von armenischen Familien erfuhren. Vielen dieser Familien wurden die Stromleitungen gekappt. In der Nacht vom 27. zum 28. Februar fielen die Lynchkommandos über jeden Armenier her, dessen sie habhaft werden konnten. Durch

ihre Straße, so die 55-jährige Armenierin, zogen Banden mit Losungen wie "Metzelt die Armenier nieder, "Es lebe Dshingis Khan". Die aserbaidshanische Miliz begann die Armenier erst zu schützen, als sie von sowjetischem Militär, das in die Stadt einrückte, dazu veranlaßt wurde. Soldaten brachten die Frau in einer Kaserne außerhalb Sumgait's unter. Nach fünf Tagen kehrte sie unter militärischer Begleitung in ihre Wohnung zurück, um einige Sachen zusammenzuraffen, bevor sie nach Moshau aufbrach.

Überlebende Armenier sind sich einig: Wäre das sowjetische Militär nicht gekommen,

hätte kein Armenier in Sumgait überlebt.

(Anm. d. Red.: Wie inzwischen aus offiziellen Quellen verlautete, gab es bei den Ausschreitungen in Sumgait 32 Tote verschiedener Nationalität und 197 Verletzte, darunter 100 Angehörige der Miliz. Mehr als 100 Wohnungen wurden ausgeraubt. 42 Personen befinden sich in Haft. Der 1. Sekretär des Stadtpartei-Komitees von Sumgait und weitere Partei- und Staatsfunktionäre sind ihrer Ämter enthoben und aus der KPdSU ausgeschlossen oder mit Parteistrafen belegt worden. - bert -

(wird fortgesetzt)

Breshnew in der SU zunehmend

weiter

Nachdem in den vergangenen Monaten eine Reihe von Verwandten des ehemaligen Staatschefs der UdSSR, Leonid Breshnew wegen Unterschlagungen und Machtmißbrauch aus ihren Ämtern entfernt wurden, ist auch der Ruf des 1982 gestorbenen Ex-Premiers im Sinken. Seine Regierungszeit, in der beispielsweise der Einmarsch in die CSSR stattfand, wird mittlerweile in der UdSSR als "Zeit der Stagnation" verurteilt. Der Breshnew-Rayon in Moskau wurde umbenannt, eine Statue Breshnews beseitigt. Auch eine Stadt östlich von Moskau ebenso wie ein Stadtteil Leningrads darf nicht mehr den Namen Breshnews tragen.

- nag -

IN ANDEREN BLÄTTERN GELESEN

Der Durchschnitts-DDR-Bürger (Aus: "Streiflichter", Leipzig d. 7. 3.)

Bei einer Veranstaltung "Kulturpolitik aktuell" im vergangenen Jahr wurden vom stellvertretenden Kulturminister der DDR, Dr. Klaus Höpcke, die folgenden Angaben gemacht:

Was macht der Durchschnitts-DDR-Bürger im Jahr?

Konzertbesuch	30 min
Museumsbesuch	54 min
Kinobesuch	57 h
Tanzen gehen	50 h
allgemeine Unterhaltungsveranstaltungen	60 h
Lesen	120 h
Fernsehen	750 h
Arbeiten im ersten Arbeitsverhältnis	2000 h
Schlafen	2000 h

In der DDR sind über 50 % der Bevölkerung berufstätig, was durch die über 90% Berufstätigkeit der Frau im arbeitsfähigen Alter erreicht wird. In den hochentwickelten kapitalistischen Ländern sind es 41-46%, in anderen sozialistischen Ländern Europas zwischen 46 und 41%. Der Arbeitstag für Berufstätige in der DDR geht im Schnitt von 6-18 Uhr (einschließlich Frühstück im Haus und Wegzeiten). Die Befriedigung künstlerischer Bedürfnisse muß zunehmend zu Hause mittels Lesen, Ton- und Bildträgern sowie Aufzeichnungsgeräten erfolgen.

Da ist es wohl besser, von künstlichen statt künstlerischen Bedürfnissen zu sprechen und von Kunstkonsum. - roland -

Mitarbeit als ehrenamtlicher Umweltinspektor (Aus: "Streiflichter", Leipzig, den 7. März)

Im Dezember war es endlich soweit: Bei einer ersten Zusammenkunft in den Räumen der Staatlichen Umweltinspektion beim Rat des Bezirkes (Leipzig) wurden etwa 10 künftigen ehrenamtlichen Inspektoren ihre Aufgaben und die geplante Arbeitsweise erläutert: Sie erhalten, um diese zu unterstützen, von der Umweltinspektion schriftliche Beobachtungs- und Kontrollaufträge, über die sie nach Erfüllung ebenfalls schriftlich berichten.

Ich hatte vor mehr als einem Jahr auf eine Notiz in der LVZ ("Leipziger Volkszeitung") hin erstmals mein Interesse an dieser Arbeit bei der Umweltinspektion bekundet. Ich wurde zu einem Gespräch eingeladen und für geeignet befunden (ehrenamtlich: dies, obwohl ich über meine christliche Motivation für mein Umweltengagement offen sprach).

Danach passierte erstmal lange Zeit gar nichts, aber im Mai 1987 wurde die "Erste Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Staatliche Umweltinspektion - Ehrenamtliche Inspektoren der Staatlichen Umweltinspektion-" verabschiedet. Diese im Gesetzblatt Teil I, Nr. 14 (1987) veröffentlichte Verordnung sichert den Inspektoren einen offiziellen Status mit Dienstausweis und Versicherungsschutz und legt ihre Kompetenzen fest.

Die Staatliche Umweltinspektion hat diese DB im August durch eine Richtlinie für Leipzig konkretisiert. Diese formuliert u.a., daß von den Inspektoren eine konstruktive Einstellung zum Umweltschutz erwartet wird und daß sie eine "Überbetonung subjektiver Momente ausschließen und den gesamtgesellschaftlichen Bestrebungen unterordnen sollen". Jetzt sind zwar fast schon wieder zwei Monate vergangen, ohne daß die Umweltinspektion etwas von sich hören ließ, aber daß wir Geduld mit den Behörden brauchen, ist ja nicht neu und ich bin gespannt, wie sich die kommende Arbeit gestalten wird.

- s.h. -

DDR-Waschmittel-Forschung auf gänzlich neuen Wegen

Wie aus den Wittenberger "Briefen" vom November 87 zu erfahren ist, arbeitet die DDR-Forschung an einem stark phosphatreduzierten Waschmittel, das ungefähr 1991 in den Handel kommen wird. Gut Ding will eben Weile haben.

Dialog in Freiberg

Einen äußerst ängstlichen Eindruck macht der "Umweltbrief", der für Januar/Februar 1988 von zwei Freiburger Ökokreisen gemacht wurde. Der eine entstand im Herbst 1982, trifft sich in etwa vierteljährlichem (?) Abstand und sieht seine Aufgabe darin, "Eingaben, Briefdokumentationen und Gespräche mit staatlichen Stellen vorzubereiten und sich von kompetenten Fachleuten informieren zu lassen". Etwas regelmäßiger, nämlich alle vierzehn Tage, trifft sich der andere Kreis, der seine Aufgabe "in der Weitergabe von Informationen, in Aktivitäten wie der Gestaltung von Zusammenkünften und Festen, etwa zur Friedensdekade, in der Friedensfeste, in Baumpflanzaktionen... in Übernahme von Pflegearbeiten innerhalb der Stadt, in Bewußtseinsbildung für ökologische Fragen bei Gemeinden und ihren Gliedern" sieht.

Der Darstellung des "Umweltbriefes" zufolge werden im Freiburger Raum Bleiglanz, Zinkblende, Schwefel-, Kupfer-, Arsenkies und Zinnerz verhüttet. In der Freiburger Hütte wird, reichlich zwei Kilometer vom Stadtzentrum entfernt, Feinzink und Schwefelsäure produziert. In der Bleihütte in Muldenhütten soll zukünftig u.a. der Akku-Schrott aus dem gesamten RGW-Bereich verhüttet werden.

Bemerkbar machten sich, wie es im "Umweltbrief"

teil, sie waren jedoch in der Minderheit. Dieses Mißverhältnis zwischen Engagierten und "Verantwortlichen Fachmännern" wurde schon in der Zusammensetzung des Präsidiums deutlich. Von diesen 7 Mitgliedern gehörte lediglich Eva Storrer einer Basisgemeinde an.

Auch die Begleitumstände der Ö.V. lassen berechnete Zweifel an der Basisgebundenheit und Wirksamkeit aufkommen. Die Delegierten wurden mit einer wahren Papierflut überflutet. Dagegen riegelte sich die Ö.V. von der Öffentlichkeit im geschlossenen "Gemeindehaus" ab. Die Beschlüsse der Ö.V. für die Kirchen (Gemeinden und Gruppen) sind aber bindend.

Es soll hier nicht verschwiegen werden, daß in der für die Öffentlichkeit zugänglichen (sogar für westliche Fernsehagenturen??!!!) Veranstaltung (Betroffenheitsberichte) sehr ehrlich-offene und kritische Beiträge der Delegierten zu hören waren. Angesprochen wurden unter anderem die Themen unserer Abgrenzung, der Umgang mit Ausländern, die Friedenszerziehung, der soziale Friedensdienst, Uranbergbau und Waldsterben.

Allerdings konnte der Angst vor der Abgrenzung und Verselbstständigung der Ö.V. kein Ausdruck gegeben werden, da einem hiervon Betroffenen trotz anfänglicher Zusage dann doch keine Möglichkeit gegeben wurde, die Öffentlichkeit hierüber zu informieren. So blieb auch hier ein "Eitterer Nachgeschmack".

Zur Zeit der Ökumenischen Versammlung fand ein offenes Begegnungszentrum statt. Dieses wurde von einem Vorbereitungskreis organisiert und bot der Öffentlichkeit

Wer hat in irgendeiner Ecke seiner Wohnung ein für ihn nichts weiter bedeutendes Vergrößerungsgerät herumzustehen? Falls es so etwas geben sollte...ich suche dringend eins! Melde Dich doch bitte bei mir!

Bert. Rühlicke, 1199 Bln. Adlershof
Noltestr. 21, Tel. 6771098

einschließlich Friedens-, Umwelt- und 2/3-Weltgruppen) die Möglichkeit offen über konkrete Fragen des konziliaren Prozesses zu diskutieren. Besonders wurden hier Möglichkeiten und Schwierigkeiten unseres Wirkens in unserem Lande besprochen.

Jedoch schien die Verunsicherung der Vorbereiter der Ö.V. vor dieser Basisbewegung anfänglich so groß zu sein, daß dieses Begegnungszentrum auf der Eröffnungsveranstaltung der Ö.V. nicht bekanntgegeben wurde.

Ich hoffe, daß auch hinter den geschlossenen Türen der Ö.V. trotz anscheinender Verunsicherungen bewußt und konstruktiv gearbeitet wurde.

- per -

NACHTRAG:

Die WESTMEDIEN berichten von "Auseinandersetzungen zwischen Kundgebungsteilnehmern und Polizei" am Rande der Veranstaltung zum Gedenken an die Zerstörung Dresdens in der Nacht vom 13. zum 14.2.. Es tauchten tatsächlich entgegen dem Wunsch der Kirchenleitung einige Transparente mit Aufschriften wie "Für Demokratie, Freiheit und Menschenrechte" auf, die anscheinend von "Ausreiseleuten" getragen wurden. Die angebliche Zahl von 300-400 ist aber wohl zu hoch geschätzt. Es entstand der Eindruck, als ob sie mit diesen Losungen allerdings nur ihre Ausreisewünsche proklamieren wollten und Reaktionen provozieren wollten. Die Polizei hielt sich lange zurück.

Der Vorfall war nicht repräsentativ für die Gedenkkundgebung.

Die Umwelt-Bibliothek liefert z. Z. folgende Schriften:

- Alternative Energiepolitik in der DDR u. in WB. Studie. 120 S., 1987, Unkostenspende 12,- M (L. ... !!)
- Morsche Meiler, Reader zum 3. Berliner Ökologieseminar, 57 S., 1986, Unkostenspende 5,- M (noch 10 St.)
- Wirtschaftlichkeitsdenken in der Energiepolitik, überarbeiteter Sonderdruck aus o.g. Reader, 26 S., Unkostenspende 3,- M (reichlichst

26. APRIL 1986, UM 1.23 UHR. Mehrere Wasserstoffexplosionen sprengen die Kühlwasserdruckröhren und die Zirkoniumhüllen des Kernbrennstoffs im Block 4 des sowjetischen Atomkraftwerks Tschernobyl. Der bisher schwerste Unfall der Geschichte der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie beginnt, ausgelöst durch ein Experiment. Nur 4 der über 30 Toten starben nicht durch atomare Strahlung. 20 Dörfer in der Umgebung werden für immer unbewohnbar bleiben. Notschlachtungen von Tieren, Vernichtung von Lebensmitteln, Versäuerung fruchtbarer Erde in ganz Europa waren die unmittelbare Folge. Ein deutliches Ansteigen der Krebsrate und Missbildungen ist zu erwarten. Nur 4% des strahlenden Inventars des Reaktors vermochten dies alles.

Wir können uns keine "Experimente" mehr leisten. Eine bankrotte "Übergangstechnik" ist dabei, den Übergang unmöglich und hoffnungslos zu machen. Die prinzipielle Unverantwortlichkeit der Atomtechnik erkannten die meisten bisher nicht durch vorrausschauende Einsicht, sondern durch eingetretene Schäden. Für diese Schäden hat die Natur ein längeres Gedächtnis, auch wenn unsere Gedächtnishalbwertszeit nur wenige Wochen dauert. Was wir vergessen und verdrängen, kommt wieder.

Deshalb fordern wir alle christlichen Kirchen, Gemeinden und Basisgruppen auf, nicht vergessen zu wollen und in der Nacht vom 25. zum 26. Jahre nach dem Reaktorunglück von Tschernobyl Andachten und Gottesdienste abzuhalten und Glocken zu läuten, um dem Vergessen Einhalt zu gebieten. Das Nachdenken der Kirche darüber, wie wir in Zukunft leben wollen, darf nicht vor der Atomenergie halt machen. Ihr und damit unser Nachdenken über die Frage der Lebensqualität muß die Auseinandersetzung mit der Atomenergie einschließen. Die Umwelt-Bibliothek

Erich Mühsam
Anlässlich seines 110. Geburtstag findet am 8. April in der Kirche Neuglobsow ein Lesabend statt. Des weiteren: Bücherverkauf, Getränke, Stulleh, Gespräche

Zu einem DDR-weiten ALTERNATIVEN FILMFESTIVAL am 27. und 28. August lädt die Umwelt-Bibliothek Berlin ein. Das Thema ist frei, Technik beliebig. Die Vorauswahl erfolgt durch eine Jury von gestandenen Amateurfilm-Aktivisten. Preis ist die goldene, silberne und bronzene Kellerrassel (eigene Produktion der UB, in Original nur bei uns). Interessierte geben rechtzeitig ihre Filme ab. Keine Post, sonst Verlustgefahr!

Die Umwelt-Bibliothek Berlin veranstaltet in Mai oder Juni einen zweitägigen Baukurs am Wochenende. Es werden zwei Arten Sonnenkocher, also Sonnenkochgeräte und ein Sonnendörrfentyp gebaut. Ihr Erfinder zeigt auch Dias und Videos z.B. aus dem Sudan und Mali, wo die Geräte Brennholz ersetzen und Rodungen verhindern. Anmeldungen bei der Umwelt-Bibliothek Berlin.

SONNENENERGIE
Information & Beratung
Jens Blochberger, Hauptstr. 71, Oberseifersdorf, DDR 8801

Künftig sind in den "Umwelt-Blättern" mehr Annoncen möglich. Mit Eurer Annonce erreicht Ihr Sympathisanten von Basisgruppen in der ganzen DDR

Erfurt, den 10. Februar.
In der DDR entstanden in den letzten Jahren eine Reihe von Bibliotheken und Zentren für alternative Information und Kommunikation. Die Bibliotheken müssen sich selbstständig finanzieren und bitten deshalb alle um Unterstützung. Anfragen an: Umwelt-Bibliothek Greiswald, Kommunikationszentrum Wismar, Umwelt-Bibliothek Erfurt, Umwelt-Bibliothek Altenburg, Umwelt-Bibliothek Berlin

TermineDie Umwelt-Bibliothek, Griebenowstr. 16, Berlin 1058

Öffnungszeiten: Dienstag Die UB-Galerie, in der unsere
Mittwoch 18-22 Uhr Veranstaltungen stattfinden,
Donnerstag sonst aber Ausstellungen
besichtigt und Kaffee getrun-
ken werden kann, ist Dienstag,
Donnerstag und Sonntag von
19 bis 22.30 geöffnet

In der Umwelt-Bibliothek befinden
sich Bücher zu Friedens-, Umwelt-,
3. Welt- und Emanzipationsthemen

Programm der Umwelt-Bibliothek (jeweils UB-Galerie, 19.30 Uhr)

12. April: Ethik und Umweltschutz. Vortrag
14. April: Video über Inge Müller: "Du vor oder hinter mir oder frag
den Hund wie"
21. April: Der kulturelle Ursprung ökologischer Krisen
24. April: Jiddische Lieder von Jenny Kuhn und Carsten Troyke
25. April: um in der Zionskirche: Andacht zum Gedenken an die
Reaktorkatastrophe von Tschernobyl
24. Mai: Ausstellungseröffnung Bärbel Bohley, Malerei und Graphik
mit einem Jazzkonzert. In Zusammenarbeit von UB und Evang.
Kunstdienst. In der Zionskirche

Friedenskreis Friedrichsfelde

11. April: Internationaler Währungsfond. Vortrag
9. Mai: Bildungswesen in der Sowjetunion. Vortrag
13. Juni: Der Golfkrieg. Vortrag
28. Mai: UFF. Christsein in Kolumbien

Ev. Akademie, Albrechtstr. 16

- 16.-17.4.: Recht auf Leben, Recht auf Sterben. Ethische Herausforde-
rungen der Medizin
23.-24.4.: Abkehr vom Kult d. Stärke. Neues Denken und der militäri-
sche Bereich
28.-29.5.: Gedächtnis in Auswahl. Geschichtsdeutung durch Geschichts-
schreibung
(Veranstaltungen in der Stephanusstiftung Weißensee)

Samaritergemeinde

18. April: Hefungen Hafenstraße

Schwule in der Kirche

8. Mai: 14.00 Uhr. Gemeinsame Kranzniederlegung zu Ehren der homo-
sexuellen Opfer des Faschismus in der Mahn- und Gedenkstät-
te Oranienburg/Sachsenhausen

Sonntags-Club (nicht nur für homosexuelle Frauen und Männer)

15. Mai: 15.00 in der Clubgaststätte "Solidarität". Zum 120. Geburts-
tag von Magnis Hirschfeld. U. Sillge: Magnus Hirschfeld und
das Wissenschaftlich Humanitäre Komitee. (Alfred Jung Str. 14)

Feldherpetologen und Ichthyologen

10. Mai: F170 Berlin-Köpenick, Straße zu den 7 Raben 14, 19.00
Dr. Gunther Klemm: Geführung und Schutz der Pflanzenwelt
Berlin-Brandenburg

Frauenzentrum Fennpfuhl, Bln. Lichtenberg, am Räderplatz, 20 Uhr

8. April: Frauencafé

17. April: Sprache der Frauen

Pauli-Kreuz-Gemeinde Karl-Marx-Stadt

15.-17.4.: DDR-Frauentreffen. Umgang mit Machtstrukturen. Anmeldung erbeten

Informationsgespräche Einberufungen

9. April: 10-14 Uhr Cottbus Lutherkirche

19 Uhr Prenzlau, Pfarramt Jacobi-G., Str. der Republik 1

10-14 Uhr Berlin-Mitte, Sophienstr. 19

Alt-Neu-Treffen der Bausoldaten

30. April: 10 Uhr, Berlin-Mitte, Sophienstr. 19

Regionaltreffen "Konkret für den Frieden" Bln. Brandenburg

9. April: Thema Internationaler Währungsfond (in Cottbus, aber nur für Delegierte von Basisgruppen)

NACHTRAGE NACH REDAKTIONSSCHLUSS

Benzin ins Abwasser

Am Vormittag des 28.3.88 flossen im VEB RWB, Berlin-Marzahn ca. 360 Liter Benzin in die Abwasserleitungen. Dies konnte nur durch die Unaufmerksamkeit der Verantwortlichen passieren. Beim Nachfüllen des innerbetrieblichen Tanklagers durch einen Tankwagen bemerkte man nicht, daß jenes schon überfüllt war und deshalb Benzin aus dem Überlaufrohr entwich. - rene -

Luftdialog in Erfurt

In unserem letzten Heft wurde versäumt, auf die Ereignisse um den Erfurter Luft-Spaziergang und Eingabentätigkeit der Erfurter Offenen Arbeit einzugehen. Hier ein Bericht:

Am Dienstag d. 26.1.88 wurde ein Brief an die Stadtverordnetenversammlung zu Händen der Oberbürgermeisterin im Rathaus von Erfurt abgegeben. Dieser beinhaltete eine kurze Situationsbeschreibung sowie Vorschläge an den Rat, die Luftsituation in Erfurt zu verändern. Zugleich wurde eine Zusammenarbeit mit Mitgliedern der Offenen Arbeit angeboten. Am nächsten Tag, dem 27.1.88 war von verschiedenen Personen ein Spaziergang mit Mundtüchern durch die Erfurter Altstadt geplant.

Schon am 25.1. fand ein Gespräch zwischen dem Senior der Offenen Arbeit und dem Rat der Stadt, Abteilung Inneres statt. Es wurde mitgeteilt, es sei eine nicht angemeldete Demonstration, die staatliche Interessen nicht verfolge, geplant. Sollte diese Demo (Spaziergang) stattfinden, so ist mit Zuführungen zu

rechnen. Weiter wurde mitgeteilt, daß sich die Staatssicherheit eingeschaltet hätte und daß am 27.1. sich ein massives Polizei- und Staatssicherheitsaufgebot präsentieren wird. Da solche Konfrontationen nicht im Interesse der Offenen Arbeit lag, fiel der Spaziergang aus. Was geschah tatsächlich? Am Abend des 27.1. standen die Organe bis in die späten Abendstunden. Zwei Menschen wurden durch die Staatssicherheit zugeführt, zwecks Klärung eines Sachverhalts. Naja und sonst nichts!

Ein paar Wochen später. Zwei Leute der Offenen Arbeit bekamen eine Einladung zum Rat der Stadt Erfurt, Abt. Wasserwirtschaft und Umweltschutz wegen dem Brief an die Stadtverordnetenversammlung. Allerdings jeder zu verschiedenen Zeiten. Die Absprache war, daß bei einer Beantwortung dieses Briefes mindestens zwei Leute beim Rat der Stadt anwesend sein sollten.

Also blieb die Beantwortung aus. Nach kurzer Zeit kam die Beantwortung vom Rat der Stadt.

Die Oberbürgermeisterin teilte mit: "Da von Ihrer Seite keine Gesprächsbereitschaft vorhanden war, sieht die OB die "Eingabe" als beantwortet. Mit sozialistischem Gruß..." Der Brief wurde daraufhin von der Offenen Arbeit mit demselben Wortlaut wieder an die Stadtverordnetenversammlung abgeschickt. Eine Antwort steht bis heute aus.

- S.W. -

Neue Verdienste um den deutsch-deutschen Umweltschutz: die Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche

50.000 Tonnen Sondermüll fallen jährlich in Westberlin an. Diese Sonderabfälle kommen ausschließlich auf die Deponie Vorketzin in der DDR.

Bei den Nachverhandlungen Anfang 1985 über den 1994 auslaufenden Müllvertrag zwischen Westberlin und der DDR, verwies die DDR auf die Gefahr der Überfrachtung der Deponie und bestand deshalb auf dem Bau einer Sondermüllverbrennungsanlage. Bei Vertragspartner frohlockten nur Vorteile: die DDR würde westliche Know-how zum Nulltarif bekommen und Senator Wronski freute sich, daß die Anlage in der DDR "schneller und preiswerter" als im Westen zu errichten ist. Die beauftragte westberliner, zu 50% landeseigene Firma Berlin-Consult, projektierte anfänglich eine Investitionssumme von 35 Mill. DM. Für diesen Preis wurde ein Projekt erstellt, das jährlich 15.000 t verbrennbaren Sondermüll entsorgen kann.

Doch schon an diesem Punkt sammelte sich die Kritik an dem nunmehr 70 Mill. DM teuren Projekt: nur etwa die Hälfte, also etwa 8000 t können verbrannt werden, der Rest muß weiterhin auf die Kippe. Die hochgiftigen Filterkuchen sind wahre Giftbomben - sie sollen ebenso oberirdisch auf der Kippe entsorgt werden. Weiterhin ist zur Rauchgaswäsche eine Anlage im Quasi-Trockenverfahren geplant. Wie die TA Luft (bundesdeutsche Richtlinie über Parameter an Industrieemittenten) und eine Bund/Länder-Kommission feststellte, ist dies bei Müllverbrennungsanlagen nicht mehr Stand der Technik. Die DDR erhält für jede Tonne Sondermüll, genau wie für Siedlungsabfälle, 40 DM/t. Für diesen Preis läßt sich wegen der schlechten Brennbarkeit die für die Verbrennung erforderliche Temperatur von minimal 1.200°C über die zusätzliche Befuerung nicht halten. Unter dieser Temperatur aber entstehen verstärkt polychlorierte Dibenzodioxine (PCDD) und polychlorierte Dibenzofurane (PCDF). Auch führt die hohe Temperatur zu einem höheren Verschleiß der Anlage, besonders bei Rohröfen, die z. B. in der Müllverbrennungsanlage Lichtenberg das größte Problem sind.

Noch im Februar 1987 antwortete Wronski auf eine kleine Anfrage der AL, daß die Anlage für einen Dauerbetrieb mit 1.350°C ausgelegt werde. Die Verlockung, unliebsamen Sondermüll so einfach loszuwerden, führt zur Umgehung der eigenen Gesetze. Nach dem Bundesabfallge-

setz müßte die BRD darauf bestehen, daß die DDR als die für die BRD entsorgendes Land den Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung führt. Das macht die DDR nicht, die BRD besteht auf nichts. Kein Planfeststellungsverfahren vor Baubeginn könnte in der DDR ermöglichen, daß Anfragen oder Beschwerden den Bau auch nur verzögern. Die ARD-Magazinsendung "Kontraste", in der am 12.1.88 diese Fakten umrissen und haarsträubende Bilder der Deponie Vorketzin und deren Zustand gezeigt wurden, war Anlaß für die Umwelt-Bibliothek Berlin, an den Umweltsenator Prof. Starnick einen offenen Brief zu schreiben:

"Sehr geehrter Herr Senator Starnick!

Mit Betroffenheit haben wir in der Fernsehsendung "Kontraste" vom 12.1.88 über die Zusammenhänge der Sondermüllentsorgung in Berlin-West erfahren. Mit Ihrer Zusage zum Bau, speziell der Nutzung der SMVA Schöneiche, 20 km südlich von Berlin, haben Sie der deutsch-deutschen Zusammenarbeit im Umweltschutz einen schlechten Dienst erwiesen.

Die Summe der Übertretungen in rechtliche Grauzonen legt den Schluß nahe, daß eine solche Anlage in Berlin-West offenbar nicht zu errichten ist. Genau darauf aber zielt Bundesumweltminister Töpfer, wenn er sagt, solche Anlagen "nicht dort zu errichten, wo die Leute nicht dagegen protestieren können". Eine internationale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entsorgung ist sicher wünschenswert. Wenn Sie aber der DDR Ihren Müll verkaufen, liefern Sie bitte schön die dazu erforderliche Umwelttechnik mit und verlangen Sie den Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung.

Wir als Umweltgruppe haben ausreichen Erfahrungen, wie fahrlässig staatliche Stellen in der DDR die Müllproblematik angehen. Nicht nur, wie wir konstatieren, daß der Senat offenbar nicht anders damit umgeht, müssen Sie diesen unseren negativen Erfahrungen nicht noch weitere hinzufügen.

Sehr geehrter Herr Senator!

Behalten Sie Ihreⁿ, solange Sie die bestmögliche Umwelttechnik nicht mitliefern! Behalten Sie Ihren Müll, solange eine öffentliche Kontrolle, auch in der DDR, über eine ordnungsgemäße Entsorgung nicht gewährleistet ist!

Sollten unsere Forderungen im Interesse des Umweltschutzes nicht erfüllt werden, sehen wir uns gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten.

Friedens- und Umweltkreis d. Zionsg.
Träger der Umwelt-Bibliothek"

Soweit der Offene Brief an Senator Starnick. Im Fernsehen auf den Brief befragt, antwortete der Senator, daß er es schade fände, daß wir von einer ungenauen Recherche ("Kontraste") ausgingen, im übrigen unsere Anfrage aber berechtigt sei. Auf die Frage, wie er denn die rechtliche Drohung bewerte, meinte er, daß er unser Anliegen sehr ernst nehme, es aber schade sei, daß wir ohne Vorliegen genauer Kenntnisse aus erster Hand handeln würden.

Jedenfalls führte all das zu einer Aktuellen Stunde im Westberliner Abgeordnetenhaus und zu einer Sitzung des zuständigen Ausschusses. Bei beiden Sitzungen beteuerte der Senat, daß das Projekt sehr wohl auch in Westberlin zu bauen wäre und die Filter durchaus den aktuellen Stand der Technik darstellen würden. Im Übrigen hätte der Senat "nicht die mindeste Veranlassung, an der Vertragstreue der INTRAC (DDR-Vertragspartner) zu zweifeln", so Staatssekretär Gollmer schon 1986. Außer, daß sich die SPD auf die Seite der AL, von der schon längere Zeit Anfragen, Anträge und Gutachten zum Thema vorliegen, stellte, gelangten beide Sitzungen zu keinen neuen Erkenntnissen.

Herr Diepgen brachte von seinem Honecker-Besuch inzwischen die Versicherung mit, daß Westberlin in die Meßdaten Einsicht nehmen

darf. Damit ist aber noch niemand geholfen, und von Sonntagsreden sollte man sich nicht beeindruckt lassen. Eine einstweilige Verfügung liegt in der Schublade und ist hervorholbar .. am 1. November soll der Probetrieb begonnen werden.

Haushaltsmülldeponie zur Sondermülldeponie umgestaltet

Im 3. Quartal des letzten Jahres ist auf einer Karl-Marx-Städter Mülldeponie offenbar eine Sondermülldeponie mit Sickergräben für verschiedene Abprodukte errichtet worden, so Angaben einer dortigen Ökologiarbeitsgruppe. Die Vereinbarkeit dieser Praktik mit geltendem Recht bleibt noch zu überprüfen. - a.b. -

"Frieden Konkret VI" - Seminar in Cottbus

Das diesjährige Seminar "Frieden Konkret" fand in Cottbus vom 26. bis 28.2. unter dem Titel "Teilnahme statt Ausgrenzung - Wege zu einer solidarischen Lebens- und Weltgestaltung" statt. Rund 200 Basisgruppenmitglieder, wobei jede Gruppe nur ein Mandat hatte, fanden den Weg nach Cottbus. Probleme gab es für einige noch vor Eintreffen mit ihrem Mandat: der Fortsetzungsausschuß hatte dem Superintendenten Richter die Vollmacht gegeben, alle über 200 wieder auszuladen, ob vor oder nach Anmeldungsschluß. Eine Einsicht, daß die wartenden überwiegend Berliner Vertreter in der Zeit der Fürbittandachten nun weiß Gott keine Zeit hatten, an Einladungen zu denken, erlaubte ihnen doch die Teilnahme.

Der Fortsetzungsausschuß hatte die Erarbeitung eines Positionspapiers vorgeschlagen, welches der "theologische Berater" des Fortsetzungsausschusses, Pfarrer Hans-Joachim Tschiche vorstellte. Das Seminar folgte weder dem Tschiche-Papier in seiner ersten Form, noch fanden Änderungen Eingang. Jedoch soll eine Redaktionsgruppe bis zum nächsten Jahr (!) ein Papier auf den Tisch legen.

Die inhaltliche und Gruppenarbeit litt stark unter dem sehr zeitraubenden und teilweise fast schon albernen Verfahrens- und Geschäftsordnungsfragen. Sicherlich erwies sich in Leipzig das als der kleinste Nenner und die zunächst einzige Möglichkeit, Arbeitsfähigkeit wenigstens zu testen. Diese Art "Demokratiespielchen" lenkt aber nicht nur ab. Und wenn schon, dann ist Konsequenz gefragt.

Das Seminar lehnte den Apellentwurf für "Abrüstung und innergesellschaftliche Verständigung" ab, und dieses nicht, weil der Antrag erst kurz vor Ende des Seminars eingebracht wurde. Die Notwendigkeit der Aufarbeitung der Berliner November- und Januarereignisse stieß nicht nur hierbei auf Unverständnis, und nicht deshalb, weil für "viele Delegierte Verwundungen noch zu frisch wären".

Bei den meisten gab es sicher nicht einmal "Verwundungen", sondern nur Reaktionen der Empörung und damit des Unverständnisses. Es geht nicht so sehr um das Unvermögen aufzuarbeiten, um Fehler nicht noch einmal zu machen. Jemand meinte nach der Beendigung einer Arbeitsgruppe, er hätte begriffen, wozu Analysen gemacht werden - wahrscheinlich der wichtigste Seminarteilnehmer. Es geht vielmehr darum, daß durch primär und wenngleich auch unbewußte apolitische Denk- und Handlungsweise vieler Gruppen an einen breiten Konsens überhaupt nicht gedacht werden kann. Es ist das, was ein Diskussionsredner meinte, daß wir anfangen sollten zu denken, wenn uns "nicht mehr als ein paar Banalitäten verbinden sollten.

Beim Regionaltreffen Berlin-Brandenburg Anfang April wird die Problematik der im Herbst in Westberlin stattfindenden Tagung von IWF und Weltbank Thema sein. Wird aber jemals die "Konkret für den Frieden"- "Runde", also wir alle, werden wir also in der Lage sein, bei aller unserer - wichtigen - Unterschiedlichkeit, zum Beispiel solch ein Thema gemeinsam bearbeiten zu können? - m.s. -